Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 7. Oktober 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 184**

Mitteldeutsche Bergarbeiter heraus!

Die Arbeiter des Oelsnitz-Lugauer Kohlenreviers beschließen den Kampf — Folgt ihrem Beispiel!

Die Aufrufe der Gothaer und Remscheider Gewerkschaften sind nur der Funken gewesen, der die Kampfbereitschaft der deutschen Arbeiterschaft hellauf entflammte. Obwohl wir erst am Eingang jener großen Bewegung stehen, die die deutschen Massen gegen die Dawes-Hungeroffensive führen werden, laufen doch täglich aus allen Teilen des Reiches Nachrichten über Kampfbereitschaft der Arbeiter und bereits ausgebrochene Streiks ein.

So konnten wir vor einigen Tagen berichten, daß die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets in den Betrieben ungestüm die Aufnahme des Kampfes gegen die Vorstöße des Unternehmertums forderte. Diese Bewegung hat nun auch auf Mitteldeutschland übergegriffen. So wird uns aus dem Oelsnitz-Lugauer Kohlenrevier gemeldet:

(Eig. Ber.) **Oelsnitz, 6. Oktober.**

Gestern fand hier im „Braunen Roß" eine gut besuchte Belegschaftsversammlung des gesamten Deutschlands-Konzern (5000 Arbeiter) statt. Genosse Willi Schüppel referierte über die Lage der Bergarbeiter. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Wie im gesamten deutschen Bergbau spitzen sich auch im Oelsnitz-Lugauer Kohlenrevier die Zustände immer mehr zu. Unter brutaler Behandlung und Antreibersystem werden trotz Preissteigerungen die Bergarbeiter mit den traurigsten Löhnen abgefunden. Die Auswirkungen des Sachverständigengutachtens machen sich bereits in krasser Form bemerkbar. Die Grubenbarone gehen mit den schärfsten Mitteln gegen die Arbeiterschaft vor, um alle Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen. Der Bergarbeiterverband hat bis heute noch nichts getan, um den Kampf der Bergarbeiter gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer, für höhere Löhne sowie den Kampf auf Grund des Tarifablaufes für Verkürzung der Arbeitszeit zu organisieren. Gegenüber den Vorstoß der Grubenbarone und zur Durchführung des Kampfes muß schnellstens die Einheit einer geschlossenen Kampffront hergestellt werden, damit eine Organisation zusammengeschweißt wird, die dem Unternehmertum Trotz bieten kann zur Erkämpfung der Forderungen:

1. **Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden über Tage bzw. 7 Stunden unter Tage.**
2. **Erhöhung der Löhne.**
3. **Beseitigung der Kohlenlieferung auf Grund des Londoner Planes.**
4. **Einführung einer internationalen Kohlenbedarfswirtschaft unter Ausschaltung des kapitalistischen Profits.**
5. **Einstellung aller Erwerbslosen.**

Die Belegschaftsversammlung fordert alle Bergarbeiter der übrigen Reviere auf, in allen Schächten und Betrieben sofort die notwendigen Kampfesmaßnahmen zu organisieren: Für ausreichende Löhne; für den Sieben- bzw. Achtstundentag! Gegen das Sachverständigengutachten; für die Sozialisierung!"

Die letztere Aufforderung der Oelsnitz-Lugauer Arbeiter ist eine Mahnung besonders für die mitteldeutschen Bergarbeiter. Wenn irgendwo, dann herrschen im mitteldeutschen Bergbau gegenwärtig Zustände, die für die Arbeiter einfach unerträglich sind. Es werden Wochenlöhne gezahlt, die bis zu dem unglaublichen Satz von sage und schreibe 12 Mark pro Woche herabgehen. Und das bei zwölfstündiger Arbeitszeit, die zur Unerträglichkeit gestaltet wird durch ein schamloses Antreibersystem, durch Unternehmerterror, von Faszistengarden gestützt.

Das mitteldeutsche Bergbaurevier, noch vor wenigen Jahren ein revolutionäres Zentrum, ist durch fortgesetzte brutale Unternehmeroffensive und Helfershelferdienste der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer zu einem der dunkelsten Punkte im ganzen deutschen Wirtschaftsleben geworden. Hier sind im wahrsten Sinne des Wortes die herrlichen Vorkriegszustände wieder eingekehrt, ja, weit übertroffen.

Das darf nicht so weitergehen! Uns wird berichtet, daß in den Belegschaften über die Notwendigkeit, sich gegen Elend und Terror zur Wehr zu setzen, längst Einmütigkeit herrscht. Auch die mitteldeutschen Bergarbeiter müssen zur Tat schreiten. Sie müssen sich den Bewegungen ihrer Kollegen im Oelsnitz-Lugauer und Ruhrrevier anschließen. Sie dürfen den Anschluß an die große Bewegung des deutschen Proletariats gegen die Dawes-Versklavung nicht verpassen.

Darum heraus zum Kampf!

Vom Bauarbeiterkampf in Wittenberg

Wittenberg, 6. Oktober.

In einer großen Bauarbeiterversammlung bei Freudenberg wurde Stellung genommen zu den Lohndifferenzen im Baugewerbe. Bei der Abstimmung stimmten 255 Kollegen für Streik, während 15 dagegen stimmten.

Die Bauarbeiter halten Forderungen gestellt, für Maurer 75 Pf., für Hilfsarbeiter 64 Pf. Der Schiedsspruch Halle nahm eine andere Klasseneinteilung vor, es sollte die Klasse Ia eingeschoben werden, die bis jetzt noch nicht bestand. Die Wittenberger sollten der Klasse I angehören, während sie die Klasse Ia forderten.

In der Klasse Ia wurden 72 Pf., in I nur 68 Pf. festgelegt. Das konnten sich die Wittenberger Bauarbeiter nicht gefallen lassen!

Eine Einigung wurde nicht erzielt. Der Schlichtungsausschuß Wittenberg unter Vorsitz des Gewerberats Dr. Schelhorn hielt es nicht für notwendig, einzugreifen, trotzdem eine Sitzung verlangt wurde. Die Baufirmen Lochner, Otte, Köppe, Märdorf, Schäde und die Baufirma der Elbbrücke haben die Forderungen anerkannt. Dort wird gearbeitet. Die anderen Scharfmacherfirmen glauben natürlich, den Kampf gegen die Bauarbeiter führen zu müssen.

Wittenberger Bauarbeiter, haltet fest an Euren Forderungen. Zwingt die Scharfmacherfirmen, durch einmütiges Zusammenhalten Eure Forderungen anzuerkennen.

Schiedsspruch für mitteldeutsche Metallindustrie verbindlich erklärt!

In der gestern stattgefundenen gutbesuchten öffentlichen Protestdemonstration wurde mitgeteilt, daß der Schlichter in Magdeburg den Schiedsspruch vom 26. September für verbindlich erklärt hat.

Dieser Schiedsspruch genügt natürlich in keiner Hinsicht. Eine jämmerliche Lohn„erhöhung" von 1 bis 2 Pf. pro Stunde ist angesichts der Hungersätze und der steigenden Preise völlig unzureichend.

Ausführlicher Bericht und Stellungnahme folgt morgen.

Volksblättchen leist!

* **Halle, 7. Oktober.**

Wem ist es in der Hast eines Gedränges nicht schon einmal passiert, daß er einem Hund auf den Schwanz trat? Ein jämmerliches Geschrei belehrte ihn sofort, daß jemand sich „getroffen" fühlte.

So ging es uns gestern mit dem hallischen „Volksblättchen". Dieses Jammerorgan, das sich anscheinend die fertigen Matern vom Berliner „Vorwärts" schicken läßt, erhebt in der letzten Woche ein Geschrei gegen die Kommunisten, das im umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutungslosigkeit steht. Der Leserschwund sitzt diesem Winkelblättchen anscheinend so stark in den Knochen, daß es glaubt, durch Anpöbelung des „Klassenkampfes" sich in der Oeffentlichkeit bemerkbar machen zu müssen.

Wir nehmen gewöhnlich von dem unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden „Blättchen" keine Notiz. Bei dem Bäckerdutzend seiner Leser kann es nicht viel Schaden anrichten. Was sich dieses Presseroptil allerdings in seiner gestrigen Nummer leistete, ist wirklich der Höhepunkt sozialdemokratischer Verkommenheit und verdient, vor der hallischen Arbeiterschaft festgehalten zu werden. Auf unsere Feststellungen über die Bereitschaft der Sozialdemokratie, mit der Tirpitz-Westarp-Partei gemeinsam in eine Regierung einzutreten, antworten die Lümmel in der Blättchen-Redaktion mit folgendem Gekeife:

„KPD.-Schmierentheater. — Die neuesten Betrugsmanöver der nationalistischen Rubelölblinge. — Tölpelhaft und verlogen. — Unübertreffliche Albdigkeit. — Stumpfsinn. — Methoden des billigen Jakob. — Provinzklässer der Moskauer Journalistik. — Schaumtriefende Mäuler. — Kommunistische Pozzellanladen-Elefanten. — Agitationskleister der vom Moskauer Imperialismus aufgepeitschten Partei. — Gehirn vergraben. — Schinderhannespolitik der KPD. — KPD.-Lügen. — Tartarische Sekte, die nur noch mit dem Sowjetschweif im unpolitischen Kot herumwedeln kann. — Hetzkonjunktur. — Kommunistischer Kaschemmenton. — Kommunistische Holzpantinentaktik. — Kommunistische Kindertrompete. — Zoten der Sowjetschmiere. — Gewissenlosigkeit der betreffenden Kirchenlichter. — Trupp schmieriger politischer Akrobaten. — Schmierenkomödianten. — Unsaubere Gewissen der Inhaber neuer, gutsitzender Rubelfräcke und Konferenzgebröcke. — Kindertrompeten parteiamtlichen Lügengeschreies. — Wollüstig schmunzelnd. —

Mit diesem Jauchekübel voll Beschimpfungen machen die Burschen der „Volksblättchen"-Redaktion ihrer Wut über unsere unangenehmen Feststellungen Luft. Mit diesem hysterischen Gekeife wollen sie die Tatsache verdecken, daß ihre Partei um den Preis einiger gutbezahlter Ministersessel die hungernden deutschen Arbeiter an die brotwuchernden Junker und die 7000 inhaftierten Klassengenossen an die Brutalität der Klassenjustiz verkaufen.

Kein Wort der sachlichen Entgegnung wagt das SPD.-Blatt! Wie ein wildgewordenes Marktweib, im wüstesten „Kaschemmenton" heult es auf und glaubt dadurch, die Diskussion von dem unangenehmen Gebiet der Tatsachen ablenken zu können. Das soll dem Schmierfinken, der für die Lumpereien im „Volksblättchen" verantwortlich ist, nicht gelingen. Die hallische Arbeiterschaft läßt sich selbst durch eine solche Schimpflawine nicht den Blick für die politischen Tatsachen trüben.

Was geht in Berlin vor?

Die Führer des sich bildenden Bürgerblocks wissen, daß sie in den Hundemonaten des kommenden Winters mit großen Abwehrkämpfen der deutschen Arbeiterschaft zu rechnen haben. Sie wissen, daß dann, weit über die Reihen der Arbeiterschaft hinaus auch Kleinbürger, Angestellte und Beamte sich gegen die Profitgier der Morgan und Konsorten auflehnen werden. **Dafür braucht der Bürgerblock, brauchen die Marx-Stresemann-Tirpitz die Hilfe der Sozialdemokratie.** Sozialdemokraten werden es sein, die dann nach dem glorreichen Vorbild Noskes den deutschen Arbeitern den hungernden Magen mit blauen Bohnen stopfen werden. Die Faszistengarde Schwarz-Rot-Gold wartet nur darauf, daß der Bürgerblock sie auf die Arbeiterhunde losläßt.

Um der Hilfe der SPD., dieser Partei der Spezialisten im Arbeitermord, sicher zu sein, versuchen einige Schlauberger im Zentrum und bei den Demokraten sie mit in die Regierung einzubeziehen. Und was geschieht? Lehnt die SPD. etwa entschieden ab, mit der Partei, die der „Vorwärts" noch vor kurzer Zeit als „Mörderpartei" bezeichnet hat, zusammenzugehen? Im Gegenteil:

Die SPD. erklärt sich grundsätzlich für einen Eintritt in die Regierung, gemeinsam mit den Deutschnationalen bereit!

Diese Erklärung haben Wels, Hilferding und Müller dem Reichskanzler Marx in einer offiziellen Besprechung abgegeben! Daran kann auch „Blättchen" nicht rütteln. Seine wüste Schimpfkanonade ist nur ein Beweis dafür, wie sehr unsere Angriffe gegen den neuen Verrat der SPD. ins Schwarze getroffen haben

Bevorstehender Kampf im Ruhrgebiet!

(Eig. Drahtm.) **Essen, 7. Oktober.**

Die bevorstehenden Lohn- und Arbeitszeitkämpfe im Ruhrgebiet lösen wie immer eine verstärkte Verfolgung der kommunistischen Funktionäre aus. Ende voriger Woche wurden die ersten Verhaftungen vorgenommen. Die Versuche, die Abwehrkraft der Bergarbeiter durch die Inhaftierung von Kommunisten zu schwächen, zeigen sich auch in verschärfter Spitzeltätigkeit. Die deutsche Polizei wird von der Besatzung kräftig unterstützt.

(Eig. Drahtm.) **Dortmund, 7. Oktober.**

Die Kündigungen von 4200 Bergarbeitern sind angeschlagen. Alle Proteste und Verhandlungen mit der Reichsregierung sind also so ausgelaufen, wie wir voraussagten. Die Ausbeuter haben natürlich ihre Regierung nicht, um Arbeiterinteressen zu vertreten. Am 15. Oktober fliegen die übrigen 4200 Bergarbeiter es sich gefallen lassen.

Es gärt in Schacht und Hütte. Die erbärmliche Haltung der Tarifgewerkschaften, die erklären, abwarten zu wollen, hat starke Entrüstung ausgelöst. Immer mehr begreifen die Bergarbeiter, daß die Ueberschichten ihre Position schwächen und daß sie zuerst niedergekämpft werden müssen. Es kommt also darauf an daß die Metallarbeiter und die Bergarbeiter nicht wieder getrennt schlagen und daß auch die Eisenbahner, die auf das Schlimmste gefährdet sind, sich mit aller Kraft rüsten.

Volksparteiler Kahl fordert 14-Stundentag

Am Sonntag fand hier in Halle eine öffentliche Kundgebung der Deutschen Volkspartei statt. Sage und Schreibe 63 Mann waren erschienen. Der bekannte Volksparteiler Kahl sprach. Er trat für bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und für die Einbeziehung der Deutschnationalen in den Bürgerblock ein. Eine Stelle seines Referats war besonders wichtig. Er erklärte, daß sein Parteifreund Raumer ihm erst vor einigen Tagen bewiesen habe, daß zur Durchführung des Londoner Abkommens der 14stündige Arbeitstag notwendig sei. Anwesende Volksparteiler begrüßten diese Feststellung mit Bravo!

Hungertyphus

(Eig. Drahtm.) **Solingen, 7. Oktober.**

Neben zahlreichen Fällen von Unterernährung tritt in letzter Zeit auch der Typhus auf. Neben den Hungerlöhnen und der dauernden großen Arbeitslosigkeit trägt daran in erster Linie die ungeheure Nachlässigkeit der Stadtverwaltung gegenüber dem furchtbaren Wohnungselend die Schuld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241007-11/fragment/page=0001

Die deutsche Arbeiterschaft ist von dieser neuesten politischen Schurkerei der SPD. keineswegs überrascht. Kann nicht überrascht sein, bei einer Partei, die Leute zu ihren Führern zählt, bei deren Anblick ein anständiger Arbeiter ausspuckt. Wir erinnern nur an den jüngsten Fall, die Bestechung Leinerts mit 23 000 Mark Jahresgehalt, von der sich dieser ehrenwerte Mann jetzt in einem Sanatorium, dem Aufenthalt aller deutschen Hearmänner, erholt. Als wir unsere Anklagen gegen Leinert erhoben, war die SPD. schweigsamer und bescheidener. Sie hielt das Maul. Heute, da sie glaubt, man könne ihr die Leinert-Methoden, mit denen sie sich um Ministersessel bemüht, nicht nachweisen, vollführt sie Schimpforgien gegen die Kommunisten, die die guten Absichten der Sozialdemokraten so böswillig verdrehen.

Doch lassen wir damit das „Blättchen". Mag es weiter keifen, wenn wir ihm wiederum solche wohlgezielten Fußtritte in den Arsch versetzen. Die Entlarvung der sozialdemokratischen Schurkereien wird dadurch nicht aufgehalten. Schon zeigen sich im ganzen Reich Ansätze zu Bewegungen, die sich zu einem Riesenkampf gegen Elend und Unternehmerdruck, aber auch gegen die sozialdemokratischen Judasse auswachsen werden.

Abrechnung folgt!

Einheitsfront Breitscheid — Westarp

Rudi weint, weil er noch nicht dabei ist

Severings Schwanengesang

Kommunistische Anklagen vor dem preußischen Landtag

(Eig. Drahtm.) Berlin, 7. Oktober.

Der Landtag setzte die Debatte über Severings Etat fort. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie brachten dabei nur ihre Schmerzen über die Postenbesetzung zur Sprache. Es war charakteristisch, daß die SPD. zum Beispiel erst Heuschildt, den ehemaligen Landrat, und Schubert, einen noch amtierenden Landrat, vorschickte.

Für die kommunistische Fraktion sprach zuerst Genosse Schwenk (Rede ausführlich morgen).

Am Schluß der Sonnabendsitzung kam noch

Genosse Kilian

zu Wort. Er sagte, die diesmaligen Redner der Deutschen Volkspartei zum Severing-Etat bedeuteten den Fußtritt für den sozialdemokratischen Innenminister. Ueber seinen Sturz würden sich nicht nur die kommunistischen Arbeiter freuen, die Severing schikanierte, sondern auch viele Sozialdemokraten deshalb, weil Severing ihre Partei dann nicht mehr kompromittieren könne. Das Bestätigungsrecht der Regierung für Organe der Selbstverwaltung sei unerträglich, besonders wenn es als politische Schikane ausgeübt würde, wie jetzt unter Severing. Das habe kürzlich im 22. Ausschuß sogar der Sozialdemokrat Hirsch gesagt, als er die Beibehaltung des Bestätigungsrechts bekämpfte. Dabei hatte er sogar Fälle aus der neuesten Zeit angeführt, u. a. auch den von Halle. Drei Monate seien schon seine Kommunisten im Magistrat; die einen seien nicht bestätigt, andere würden nicht berufen. In Weißenfels seien die kommunistischen Stadträte erst bestätigt worden; auf deutschnationale Denunziation hin habe der Sozialdemokrat Bergemann die Bestätigung wieder zurückgenommen und ausgesetzt; am Ende sei die Bestätigung aber doch ausgesprochen worden. Zum vierten Male frage er den Minister Severing, ob er weiter dulden wolle, daß klare gesetzliche Vorschriften über die Anwendung des Verhältniswahlsystems bei der Bildung der Ausschüsse und Deputationen zur Ausschaltung der Kommunisten von der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit in Halle mißachtet würden? Genosse Kilian schloß: Ueber Severings Ende hinaus würden die „Moskauer Methoden" Bestand haben, die Severing jetzt so brutal bekämpfte, weil sie den Interessen der Arbeiter entsprächen. (Beifall.)

In der Montagsitzung antwortete Severing. Außerordentlich matt und resigniert; am Ende wie Schwanengesang des Geschlagenen. Gegen die Deutschnationalen wandte er sich nur mit zwei Sätzen; die Kommunisten bedachte er mit nur einem Satz, daß er seine Ausnahmebestimmungen aufrecht erhalte, solange die Moskauer Anweisungen beständen. Der größte Teil seiner Rede galt den Volksparteilern aus der Koalition. Es konnte einem übel werden bei dem Liebeswerben Severings um die Gunst der Stinnes-Leute. Er ist bereit, „alle Bedenken zurückzustellen", um Koalitionsminister zu bleiben. Manchmal grollten die Sozialdemokraten bezwegen, aber Severing brachte sie schnell zur Raison. Hier eine Szene:

Severing: „Ich glaube, wir können uns auch da annähern, Herr von Eynern!"

Zuruf von den Soz.: „Nein!"

Severing (nach links, energisch): „O ja! Ich glaube doch!"

Die Abwehr der deutschnationalen Angriffe auf die Regierungspolitik besorgte der Zentrumsmann Dr. Heß. Er wiederholte seine Behauptung, daß 90 Prozent der Beamten im Ministerium des Innern deutschnational seien. Und bemerkte gar nicht, welch' vernichtendes Urteil er damit dem sozialdemokratischen, republikanischen Koalitionsminister ausstellte wegen seiner Personalpolitik, die eine andauernde Verdeugung von den schwarzweißroten, monarchistischen Reaktionären gewesen ist. Am Schluß der Sitzung trug der Pole Barzewski umfangreiches Material vor über die Schikanierung seiner Landsleute im Osten, über Korruption beim Heimatdienst, über bewaffnete Aktionen des Stahlhelms u. a. reaktionäre Schweinereien.

Die Debatte geht weiter. Zum Thema „Schutzpolizei" scheinen die Sozialdemokraten und Bürgerlichen nicht länger reden zu wollen. Von der kommunistischen Fraktion sind gemeldet die Genossen Dr. Meyer und Dahlem.

Crispien auch in Düsseldorf an Reden verhindert

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 7. Oktober.

Trotz ungeheurem Polizei- und Reichsbanneraufgebots wurde eine sozialdemokratische Versammlung, in der Crispien sprechen sollte, gesprengt. Crispien konnte gar nicht zu Worte kommen.

Das Getreide verfault — die Wucherer ernten!

Arbeiter und Kleinbauern, sichert die Volksernährung!

Von Georgi

„75 bis 80 Prozent der Getreideernte vernichtet!" meldet die Kurdessische Landwirtschaftskammer. Die Kartoffeln beginnen zu faulen! Die Hülsenfrüchte bilden braune, stinkende Haufen! Vier Fünftel der Ernte stehen noch auf den Feldern! Die ältesten Leute erinnern sich nicht einer solchen Mißernte. Die schlimmen Jahre 1894 bis 1912 können sich keineswegs mit der diesjährigen Mißernte vergleichen. So und ähnlich lauten die Nachrichten aus den verschiedensten Teilen Deutschlands, vor allem aus den gebirgigen Gegenden des Südens, Westens und Mitteldeutschlands.

Es sind in erster Linie Kleinbauerngebiete, die von der Mißernte betroffen sind, Kleinbauerngegenden, die nicht für den großen Massenabsatz erzeugen, sondern in erster Linie für Haushalt und Wirtschaft des Kleinbauern selbst. Die Ernte in den weiten östlichen Kornkammern Preußens ist nach den Mitteilungen der „D. A. Z." zwar in der Menge geringer, aber in der Beschaffenheit bedeutend besser als in den Durchschnittsjahren.

Trotzdem reagiert das Wucherer- und Händlerpack an der Produktenbörse mit wilden Preistreibereien. Wohl hat der Ernährungsminister Graf Kanitz am 6. September angesichts der katastrophal emporschnellenden Getreidepreise die im Juli gewährte Ausfuhrfreiheit wieder aufheben müssen, dennoch geht die Hausse lustig weiter. Am 8. September stand der märkische Roggen in Berlin noch auf 180 bis 186 Mark pro Tonne, am 15. September auf 197 bis 202, der märkische Weizen am 8. September auf 212 bis 222 Mark die Tonne, am 15. September auf 225 bis 236 Mark die Tonne. Seitdem sind die Preise auf dieser Höhe geblieben.

Und die Junker unterstützen den Getreidewucher mit aller Kraft. Sie halten die Vorräte künstlich zurück. Die Berichte der Produktenbörsen melden stereotyp: bei starker Nachfrage geringes Angebot, da „die Bauern mit Erntearbeiten beschäftigt sind".

Natürlich ist auch das internationale Wuchergeschmeiß auf dem Posten. Alarmnachrichten über katastrophale Mißernte in Canada werden in die Welt gesetzt, um die Preise auf dem Getreidewelmarkt künstlich noch höher zu treiben.

Selbst die „D. A. Z." muß zugeben: Das Angebot vom Inlande ist nach wie vor zögernd und spärlich. Die Feldarbeiten, auf die naturgemäß die Landwirtschaft alle Kräfte konzentriert, die immer wieder emportauchende Hausselwelle in Nordamerika und bei vielen Erzeugern bestehende Erwartung einer Preissteigerung durch das etwa vom Reichstage zu beschließende Zollgesetz üben eine retardierende (zurückhaltende) Wirkung auf die Verkaufslust der Warenbesitzer aus."

Hier wird brutal und offen aus Kapitalistenmund bestätigt, daß die Junker bewußt das Getreide zurückhalten, daß schon die Ankündigung des Zollgesetzes genügte, um den Junkern und Händlern Millionengewinne zuzuschanzen.

Natürlich geht die Kampagne der Junker für die so einträglichen Agrarschutzzölle inzwischen lustig weiter, für Schutzzölle, deren Erwartung heute schon den Getreidepreis seit dem 1. Juli um fast 100 Prozent in die Höhe getrieben hat, für Schutzzölle, die eine Belastung des Arbeiters und der Kleinbauern um Hunderte von Mark pro Kopf im Jahre bedeuten.

Schon wirken sich die hohen Getreidepreise in den Brotpreisen aus. Aus Magdeburg wird gemeldet, daß der Brotpreis von 50 auf 60 Pfennig gestiegen ist. Noch vor einigen Monaten kostete ein Brot 40 Pfennig, es ist also inzwischen eine Steigerung um 50 Prozent eingetreten.

Daran ändert nichts, daß der Reichsernährungsminister Kanitz in einem Rundschreiben an die Regierungen der deutschen Länder feststellen sucht, daß eine Erhöhung des Brotpreises auf Grund des Steigens der Getreide- und Mehlpreise seit Mitte Juli des Jahres nicht berechtigt wäre. Umsonst versucht er die Bäcker des Wuchers anzuklagen, indem er behauptet, sie benutzen einen geringen Preisaufschlag für Mehl, um höhere Preise für Brot zu erzielen. Die Gesetze der kapitalistischen Profitwirtschaft sind eben stärker als Kanitz und alle sogenannten Preisabbau-Aktionen der Regierung. Die Preise schnellen nach oben, da gibt es kein Halten.

Eine Kapitalistengruppe treibt die andere: christliche Junker, jüdische Börsenspekulanten, Großmühlen wie Bäckermeister — alle helfen zusammen, um dem arbeitenden Volke die Kehle zuzuschnüren, um den Hunger der Massen bis zur Katastrophe zu steigern.

Wahrlich, die Mißernte des Jahres 1924 ist ein profitables Geschäft für die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Wie kann aber das deutsche Proletariat die akute Hungersnot, die seine Existenz bedroht, abwehren? Nur dadurch, daß es selbst sofort in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, allen Genossenschaften, allen proletarischen Gemeindeverwaltungen die Maßnahmen berät, die im Kampf gegen Wucher, Steuern und Brotzölle ergreifen notwendig sind. Die Selbsthilfe des schaffenden Volkes muß organisiert werden. Zur Führung des Kampfes um die Kontrolle der Lebensmittelmärkte, um die Beschlagnahme der Warenvorräte, um die Feststellung und Bestrafung der Wucherer, um die Herabsetzung der Preise, um die Verteilung der Lebensmittel durch die Organisationen des Proletariats. Es muß ein Rettungsprogramm des arbeitenden Volkes aufgestellt werden, ein Rettungsprogramm, dem alle von der Hungersnot Bedrohten zustimmen, dessen Verwirklichung von allen in Angriff genommen werden muß.

Wir wissen, daß die Machthaber nicht hören werden, wenn an sie die Forderung ergeht, mit allen Machtmitteln einzugreifen. Sie sind nur die Lakaien der großen Spekulanten und Wucherer. Aber gerade ihr Widerstand wird die Massen zur Einheitsfront zusammenschweißen, wird den Kampf der Massen gegen den Hunger entfesseln.

Auch die kleinen Bauern, denen das Unwetter der letzten sechs Wochen die Ernte vernichtet hat, stehen vor dem vollkommenen Ruin. Die großbäuerlichen Organisationen, wie der Landbund, die sogenannten Berufsvertretungen, wie die Landwirtschaftskammern, fordern zwar Liebesgaben über Liebesgaben, aber in erster Linie für die großen, kapitalistisch wirtschaftenden Agrarunternehmer.

Was helfen dem kleinen Bauern z. B. die Wechselkredite? Er wird ja doch nicht von den großen Kreditinstituten als wechselfähig anerkannt. Was hilft ihm die Stundung der Steuern, so lange er unter Schulden zusammenbricht? Und die Forderung auf Erlaß der Steuern auch für die Junker und Großbauern, bedeutet das nicht in der Praxis die Forderung auf Abwälzung der schwersten Lasten auf die werktätigen Massen in der Gestalt bedeutend erhöhter Zölle und indirekter Steuern? Die Forderungen der Kleinbauern können nie und nimmer dieselben sein, wie die Forderungen der Großbauern.

Was der Kleinbauer braucht, sind nicht Schutzzölle für das Getreide, das er selber kaufen muß, sondern steuerfreies Existenzminimum, zinslose Darlehen, Verbot aller Zwangsverkäufe, Belieferung mit verbilligten Futtermitteln und Betriebsmitteln!

Auch die Fleischzölle helfen ihm nicht bei steigenden Industriepreisen, steigenden Pressen für Saatgut und solange der Großgrundbesitzer ihn durch Pachtzinsen aussaugt. Um das Fehlsahr zu überdauern, müssen die Massen der kleinen und kleinsten Bauern in den Staatswaldungen usw. ausreichende Erwerbsgelegenheit erhalten. Die Schäden der Kleinbauern dürfen nicht durch Kommissionen von Bureaukraten und Großbauern abgeschafft werden. Seine eigenen gewählten Vertreter, kleine Landwirte, wie er, müssen den Schaden feststellen, müssen die Kontrolle haben über die staatlichen Unterstützungen und die notwendige Auslieferung von Brotgetreide, Saatgut, Düngemittel. Auch die Kleinbauern müssen sofort in allen Dörfern Komitees bilden zur Führung des Kampfes gegen Mißernte und Wucher.

Die schwere Mißernte wird zur Folge haben, daß ein großer Teil des notwendigen Brotgetreides sowie von Futtermitteln aus dem Auslande eingeführt werden muß. Nicht nur für die Arbeiter in den Städten, sondern auch für die Kleinbauern muß ausländisches Getreide gekauft werden. Arbeiter und Kleinbauern, fordert daher sofortige Verhandlungen des Deutschen Reiches mit dem Arbeiter- und Bauernstaate Rußland zwecks Einfuhr von genügend Futtermitteln und Brotgetreide, fordert, daß Eure gewählten Vertreter bei allen diesen Verhandlungen zugegen sind und die Kontrolle ausüben über Einfuhr und Verteilung.

Arbeiter wie Kleinbauern haben durchweg dasselbe Interesse an dem Kampfe gegen Hunger, Teuerung, Wucher und Zölle. Arbeiter und Kleinbauern haben beide dasselbe Interesse an dem organisierten Kampf zur Kontrolle der Produktion, Kontrolle der Märkte, Kontrolle der Verteilung. Arbeiter und Kleinbauern müssen deshalb gemeinsam die Organe ins Leben rufen, die diesen Kampf vorbereiten, führen und die Massen dafür gewinnen.

Arbeiter und Kleinbauern! Nehmt sofort in allen Betrieben, in allen Dörfern in Euren Verbänden und Genossenschaften Stellung zum Kampf gegen Teuerung, Wucher und Brotzölle.

Stellt Eure Forderungen auf an die Regierung und Parlamente, aber vergaßt Euch nicht darauf, daß sie Euch hören werden!

Organisiert die Selbsthilfe aller Werktätigen! Organisiert die einheitliche Rettungsaktion der verbündeten Arbeiter und Kleinbauern!

Neue Betriebsstillegungen im Rheinland

(Eig. Drahtb.) Düsseldorf, 7. Oktober.

Immer neue Betriebsstillegungen werden gemeldet. So entließ die niederrheinische Fabrik der Firma Ficks & Söhne ihre gesamte Belegschaft, einschließlich der Angestellten.

Auch in der Textilindustrie beginnen die Arbeitskämpfe. So wird uns aus München-Gladbach gemeldet, daß die Belegschaft der Firma Pferdemenges, Weberei, samt dem Betriebsrat fristlos entlassen wurde, weil die Arbeiter nicht das Diktat über die Aenderung der Arbeitszeit annehmen wollten. Sie stehen bereits seit 14 Tagen ohne Unterstützung im Kampfe.

Den Arbeitern der Firma Glasmacher wurde eine Erklärung zur Unterschrift gegeben, in welcher jeder einzelne nur für eine Woche ohne Kündigungsfrist und bei gesetzlichen Lohnansprüchen beschäftigt werden kann. Die Begrenzung der Arbeitszeit und die Lohnhöhe wird nach eigenem Ermessen des Unternehmers festgesetzt. Die Erregung über das brutale Vorgehen der Unternehmer ist unter der Textilarbeiterschaft im steten Steigen.

Die Schlußtagung des „Jung-Spartakus-Bundes"

(Eigener Bericht)

Weißenfels, 6. Oktober.

Nach der Ablegung des Kampfgelöbnisses kam ein Telegramm aus dem Kinderheim Barkenhof der „Internationalen Roten Hilfe" in Worpswede mit folgendem Inhalt zur Verlesung:

„Vierzig Kinder revolutionärer Gefangener im Kinderheim Barkenhof-Worpswede begrüßen den Reichskongreß Kommunistischer Kindergruppen und wünschen den Beratungen besten Erfolg."

Als Antwort beschloß der Kongreß einen Brief, in dem den Barkenhofer Kindern mitgeteilt wird, daß der

„Jung-Spartakus-Bund" die Patenschaft über das Kinderheim Barkenhof übernimmt.

Sehr interessant waren die Berichte der Kinder über ihre Erfahrungen im Kampf gegen reaktionäre Lehrer und Rektoren, wobei auch zum Ausdruck kam, daß die freien Schulen für das klassenbewußte Proletariat nicht minder gefährlich seien als die anderen. An die Gothaer Kinder, die im Sommer dieses Jahres den großen Schulstreik durchgeführt haben, wurde eine Begrüßungsentschließung gesandt. Die Kinder erkannten sehr wohl die Lebendigkeit des Ausbaues und der Verbreiterung der Schulzellen, die dem berufen sind, im Kampfe des proletarischen Kindes dieselbe Rolle zu spielen, wie die Betriebszelle der Partei und Jugend. Begeistertes „Ja!" beantwortete die Frage des Referenten, ob die Kinder gewillt seien, für den Kommunismus zu kämpfen, auch wenn sie Prügel, Arrest, schlechtes Zeugnis und polizeiliche Verfolgungen einstecken müßten. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der die sofortige Einleitung einer neuen Aktion gegen die Prügelkrase beschließt.

Daraufhin sprach ein Berliner Junge über den Kampf gegen Kinderausbeutung und Kinderelend. Man hörte erschütternde Zahlen. Es kommt nicht selten vor, daß Kinder bei schwerer Arbeit einen Wochenlohn von ganzen drei bis vier Mark bekommen. Der Kampf gegn die Kinderausbeutung muß durch den JSB. noch viel schärfer als bisher geführt werden. Wie scharf der Klassenrisß auch bei den Kindern geht, zeigte die Ansprache eines Leipziger Mädels, das erzählte, daß in Leipzig Proletarierkinder von den Bourgeoiskindern verhöhnt werden, weil sie Margarine auf dem Brot haben.

Mit welch' tiefem Ernst die Kinder zu dem Kampf ihrer Väter und älteren Brüder stehen, bewies die Ansprache über die „Rote Hilfe", die Organisation zur Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen. Einstimmig wurde mit großem Beifall eine Resolution angenommen, die den

Beitritt des „Jung-Spartakus-Bundes" als Gesamtverband zur „Roten Hilfe"

beschließt.

Der Abend vereinigte die Kinderdelegierten und die Weißenfelser Arbeiter in einer großen Veranstaltung, die von über 3000 Personen besucht war, welche das ganze Stadttheater bis in die obersten Ränge füllten. Nach der Begrüßungsansprache eines Vertreters der Jugendzentrale und den teilweise außerordentlich guten revolutionären Darbietungen der Kinder überreichte die Genossin Bittel fünf rote Fahnen, die ihr von den russischen Jungpionieren für die revolutionären Kinder Deutschlands übergeben worden waren. Die Delegationen der Bremer, Hamburger, Berliner, Weißenfelser und thüringischen Ortsgruppen nahmen die prächtigen rot- und schwarzseidenen Banner in Empfang. Die ganze Versammlung erhob sich, als die Kinder gelobten, die heiligen Fahnen im revolutionären Kampfe immer hochzuhalten. Gewaltig erscholl die „Internationale" durch den Saal.

Am Schluß der Kundgebung wurden 62,50 Mark für das Kinderheim Barkenhof gesammelt.

Am Montag wurde in gemeinsamer Sitzung der Leiter mit den Kindern die neue Zentrale gewählt. Nach der Schlußansprache des Vertreters der Exekutive der Jugendinternationale, der die Tagung als einen Marstein in politischer und organisatorischer Beziehung bezeichnete, wurde der Kongreß mit dem Gesang des „Roigardisten-Liedes" beendet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241007-11/fragment/page=0002

Die „Schuldfrage"

Wie das friedliebende zivilisierte Frankreich und der Friedenszar den Weltkrieg provoziert haben

I.

X. Y. Die Stellung der Kommunisten zu der sogenannten „Schuldfrage" ist vollkommen klar.

Während die pazifistischen Heulmeier immer wieder das Sprüchlein beten: „Ja, wenn nur die Regierungen vernünftiger gewesen wären, so hätte es keinen Krieg gegeben", und daß kein Weltkrieg gekommen wäre, wenn alle schon damals die durchschlagende Verstandeskraft gehabt hätten, wie sie, die Pazifisten, sie haben; während sie als Präventivmittel gegen kommende Kriege allerlei Wunderkuren anpreisen, wie Schiedsgerichte, und dabei die Kleinigkeit übersehen, daß schon heute, trotz des famosen Völkerbundes, Kriege geführt werden, während die Pazifisten also Illusionen fördernd und die wirklichen Triebkräfte verdeckend heulmeiern, plärren die Nationalisten ihrerseits ein anderes Sprüchlein.

Kriege, so sagen sie, wird es „immer" geben. Aber am Weltkrieg war schuld — der **Angreifer.** Und dieser Angreifer ist, je nach dem Lande, in welchem die Nationalisten plärren, immer „der andere". Wenn [illegible] Sache auf den Grund geht, so unterscheidet sich die Auffassung der Nationalisten von der der Pazifisten nur durch die Ausdrucksweise. Denn beide sind „immer" für den Frieden und beide sind sich einig darüber, daß ein „Angegriffener" sich wehren muß. Nur behaupten die Pazifisten, daß man solche „Angriffe" durch Schiedsgerichte, von wegen der „Vernunft", zurückweisen kann, während die Nationalisten diesen kindlichen Glauben nicht besitzen, dafür aber, der Teufel mag wissen, weshalb, immer davon überzeugt zu sein vorgeben, daß „ihr" Heer, „ihre" Nation, ihre „Gesinnung" die besseren und siegesgewissen seien.

Wir Kommunisten wissen dagegen als revolutionäre Marxisten, daß **in der Epoche des Imperialismus imperialistische Kriege unvermeidlich** sind, weil die großen imperialistischen Räuber keine andere Methode der Neuverteilung des Raubes, des Kolonialbesitzes, der Märkte haben. Und da wir das wissen, ist für uns die formale Schuldfrage vollkommen gleichgültig. Wer zufälligerweise im Juli 1914 den Krieg begonnen, das ist völlig unwesentlich. Welche Marionetten zufällig den äußeren Vorwand zum fälligen Kriege gaben, ist an sich belanglos. Aber da die Gefahr imperialistischer Kriege heute bereits ebenso drohend geworden ist, wie sie es zwischen 1910 und 1914 war, so wird es trotzdem nützlich sein, auch der formalen Seite der Auslösung des letzten Krieges, der erst der erste imperialistische Weltkrieg war, einige Aufmerksamkeit zu widmen, um die Mechanik dieser Auslösungsprozesse zu kennen. Gerade in Deutschland wird ein ganz kurzer Seitenblick auf dieses Gebiet nicht ganz unnütz sein in einem Augenblick, wo die deutschen Nationalisten zum hundertsten Male ihre Unschuld durch lautes Gebrüll beweisen, wo aber auf der anderen Seite die „gerechten" „Vorkämpfer der Zivilisation" heuchlerisch ihre angeblich von Adam und Eva her bekannte Friedensliebe und völlige Ueberraschtheit durch den Krieg beteuern.

II.

Genosse M. Pokrowski, der bekannte russische Historiker, veröffentlichte gerade in letzter Zeit als genauer Kenner der einschlägigen Literatur wie der zaristischen Geheimarchive einige Arbeiten, die sich gerade mit dieser formalen Seite beschäftigen.

Um das Ergebnis seiner Untersuchungen vorwegzunehmen: Gen. Pokrowski stellt fest, daß es kurzsichtig und falsch ist, die formalen Untersuchungen über die „Schuldfrage" mit der Ermordung Franz Ferdinands zu beginnen (wie es z. B. Kautsky tut); daß zwar die Berliner Militärs mit Wilhelm an der Spitze in der Tat den Krieg gegen Rußland und Frankreich gewollt haben, aber der (kindischen) Ansicht waren, England werde sich neutral verhalten, daß aber, und das ist die Hauptsache, **Frankreich und Rußland sehr lange vor dem 28. Juni 1914** (Tag der Ermordung Franz Ferdinands) **vollkommen entschlossen waren, den Krieg zu provozieren und der Teilnahme Englands vollkommen sicher waren.**

So kommt Gen. Pokrowski zu dem Resultat, daß der **Krieg 1914 bewußt und nach systematischer Vorbereitung von Rußland und Frankreich provoziert wurde, um Deutschland zuvorzukommen** (von dem man für 1915 kriegerische Angriffe erwartete), daß England hierbei glaubte, die Rolle des lachenden Dritten spielen zu können, daß alle Besprechungen des „edlen" Lord Grey mit dem deutschen Botschafter Lichnowski eine elende, heuchlerische Komödie waren, daß das „friedliche" Frankreich der Herren Poincaré und Viviani mit dem russischen Großfürsten die Antreiber zum Weltkrieg waren, während die Potsdam Militärclique, wesentlich dümmer und unpolitischer, auf die vom russischen Generalstab bestellte Provokation durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers tatsächlich hereinfiel und sich einbildete, Krieg nur gegen Rußland, Serbien und Frankreich führen zu brauchen, also nur einen europäischen Krieg.

III.

Diese Ergebnisse begründet Gen. Pokrowski durch eine Reihe interessanter Dokumente, welche er in Heft 9 der Moskauer Zeitschrift „Bolschewik" und in Heft 30 der Zeitschrift „Die proletarische Revolution" teils nennt, teils auszugsweise, teils vollständig veröffentlicht. Einiges davon sei auch an dieser Stelle wiedergegeben.

Der bekannte Admiral Koltschak, der später in Sibirien als Weißgardist geschlagen und erschossen wurde, gab vor einer Untersuchungskommission einiges an, das zeigt, wie bereits 1907 die russischen Imperialisten sich auf den unvermeidlichen Krieg vorbereiteten. Koltschak nahm damals an allen Sitzungen der leitenden Stellen teil, welche sich mit Flottenfragen befaßten. Man rechnete dort bestimmt damit, daß Deutschland 1915 den Krieg beginnen werde, und die Frage war, auf wessen Seite sich Rußland schlagen werde.

> „Nach langem und sehr detailliertem Studium sowohl der geschichtlichen wie der militärischen und politischen Seite der Frage wurde sowohl vom Heeres- wie vom Marinestab beschlossen, daß wir auf der Seite der Gegner Deutschlands stehen werden, daß ein Bündnis mit Deutschland nicht geschlossen werden darf ... Ich will nur unterstreichen, daß dieser ganze Krieg vollständig vorausgesehen war, vollständig vorbereitet war. Er war nicht unerwartet, und sogar bei der Bestimmung des Anfangs haben wir uns nur um ein halbes Jahr geirrt",

sagt Koltschak aus. Aber der Plan war „sauber" gearbeitet: da die Imperialistenclique sehr wohl verstand, was für ein Krieg entstehen würde, so mußte die öffentliche Meinung einkalkuliert werden, und deshalb mußte Deutschland gezwungen werden, anzugreifen, ob es wollte oder nicht. Denn daß der Krieg gegen Deutschland geführt werden würde, war klar:

> „Um ein Programm auszuarbeiten, mußte man einen bestimmten Gegner und einen bestimmten Termin haben. Der Termin wurde auf 1915 festgelegt, als Hauptgegner Deutschland bestimmt."

Das geschieht also 1907. Der Kriegsminister Poliwanow führte ein Tagebuch, in welchem am 25. Mai 1907 sich eine Eintragung findet, die durchaus übereinstimmt mit den Aussagen Koltschaks. Am 14. Dezember 1909 schreibt Poliwanow:

> „Das Wesen des Programms des Marineministeriums ist: in der Ostsee eine Flotte zu schaffen, die offensiv wirken kann, wenn Deutschland Krieg nach zwei Fronten führt, und defensiv auf der Linie Reval-Padaland, wenn die feindliche Flotte stärker ist."

Im Mai 1910 schreibt derselbe Poliwanow, daß Gutschkow, einer der Hauptmacher der Rüstungskommission der Duma und Vertrauensmann der Industrie, dem Kriegsminister empfahl, **so viel von der Duma zu fordern,** wie er nur brauche; für die Bewilligung würde gesorgt werden

Der Zar Nikolaus war über alles im Bilde. Es ist lustig, sich an die Liebesbeteuerungen zu erinnern, die er mit Wilhelm austauschte, während er jahrelang den Krieg gegen den „lieben Vetter" vorbereitete. (Uebrigens wäre es trottelhaft, zu glauben, daß sich in dieser Beziehung irgend etwas geändert hat. Die Häupter der Regierungen können sich so süß anlächeln, wie Herriot und Macdonald, und dabei ebenso fieberhaft den Krieg vorbereiten wie Niki und Willi.)

Interessant ist eine von Nikolaus 1912 unterschriebenne Geheimorder:

> „Der telegraphische Mobilisierungsbefehl für die europäischen Militärbezirke im Falle politischer Komplikationen an der Westgrenze muß gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Kriegshandlungen gegen Deutschland und Oesterreich betrachtet werden. Was dagegen Rumänien betrifft, so darf hier die Eröffnung von Kriegshandlungen nur auf direkten Befehl erfolgen."

Dieser Geheimbefehl zeigt, daß das russische Orangebuch von 1914, welches die russische Mobilisation als „Devensivmaßnahme" gegen Oesterreich bezeichnet, eine bewußte Fälschung begeht. Natürlich wollten die russischen Imperialisten angreifen, wenn sie mit dieser Mobilisierungsorder mobilisierten. Nikolaus, der ein großer Dummkopf und trotzdem ein großer Heuchler war, erklärte damals, daß Wilhelm „so freundschaftlich gestimmt war wie nie". Die Imperialisten Rußlands und Frankreichs hätten auch ohne das Feigenblatt des deutschen Angriffs angreifen können. Aber sie schufen diesen Vorwand, weil es immer vorteilhaft ist (schon der Sozialdemokraten wegen) der „sich Verteidigende" zu sein. Zu diesem löblichen Zweck wurde der serbische Generalstab vom russischen veranlaßt, Franz Ferdinand umzubringen. Der serbische Professor Stanojewitsch hat 1923 ein Büchlein verfaßt, in welchem folgendes zu lesen ist:

> „Nach der Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm II. mit dem österreichischen Kronprinzen Franz Ferdinand in Konopischt erhielt der Oberst D. Dmitrijewitsch, Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabs, vom russischen Generalstab eine geheime Mitteilung darüber, daß die russische Regierung genaue Nachrichten über Charakter und Zweck der Zusammenkunft Wilhelms II. mit Franz Ferdinand erhalten habe, während welcher Deutschland den Plan eines österreichischen Ueberfalls und der Eroberung Serbiens gebilligt habe sowie Oesterreich auch Hilfe und Unterstützung zugesagt habe ...
>
> Als das österreichisch-ungarische Manöver in Bosnien angesetzt wurde und als bekannt wurde, daß der Kronprinz Franz Ferdinand nach Serajewo zu kommen vorhatte, war der Oberst D. Dmitrijewitsch überzeugt, daß Oesterreich-Ungarn Serbien zu überfallen wünschte. Nach langem Nachdenken ... kam er zum Schluß, daß der Ueberfall gegen Serbien und der Krieg nur durch die Ermordung Ferdinands abgewendet werden konnte ..."

Diese Darstellung ist etwas albern: kein vernünftiger Mensch konnte glauben, daß die Ermordung Franz Ferdinands den Krieg abwenden würde. Aber gerade den Krieg wollte ja Rußland, und der serbische Generalstab war das Werkzeug zur Auslösung eines Vorwandes.

IV.

Betrachten wir jetzt „das süße Frankreich" (la douce France), wie die Lyriker es so gern nennen.

Einer der abgefeimtesten Gauner, Herr Poincaré, behauptet in einem vor nicht langer Zeit erschienenen Buche „Ueber die Entstehung des Krieges", von den Kriegsvorbereitungen nichts gewußt zu haben.

Nun ist aber bekanntlich das zaristische Rußland von der so demokratischen Republik ausgehalten und ausgerüstet worden. Das zaristische Rußland wollte die Türkei austeilen, denn die russischen Imperialisten dachten großzügig an neue Märkte. Als Instrument zur Aufteilung sollte ein bulgarisch-serbischer Vertrag dienen, der 1912 abgeschlossen wurde, über welchen aber bereits 1911 Neratow, der damalige Leiter des russischen Außenministeriums, in einem Geheimtelegramm sich folgendermaßen ausließ:

> „Die ganze Abfassung des „Vertrags", besonders aber Artikel 4, ist gegründet auf den Gedanken kriegerischer Aktionen und gewaltsamer Annexionen, während man ja denselben Gedanken in der Form der Bestimmung kultureller Einflußsphären ausdrücken könnte ..."

Wie man sieht, verstanden die Zarenminister es nicht weniger als Wilson, Annexionen „kulturell" zu verhüllen: Herr Neratow stößt sich an der plumpen Form des Abkommens, dessen „Gedanken" er natürlich vollauf billigt.

Herr Poincaré behauptet in seinem Buche, er habe dieses famose Abkommen bis zum September 1912 nicht gekannt und auch Sasonow, Außenminister des Zaren, habe es bis zum Mai 1912 nicht gekannt. (Es ist im Februar 1912 geschlossen.) Es ist rührend, wie da ein Lump den anderen reinzuwaschen sucht; aber glaubhaft wird dieser Schwindel niemandem erscheinen, zumal ein dritter großer Lump der russische Gesandte in Belgrad, Hartwig, im November 1911 an Neratow depeschierte, daß die serbischen Minister, welche mit König Peter in Paris seien, mitteilen, wie stark Paris mit dem serbisch-bulgarischen Bündnis sympathisiere.

Nebenbei sei erwähnt, daß der damalige (1911) Außenminister der französischen Republik derselbe Herr de Selves war, der jetzt unter dem friedliebenden Herriot Senatspräsident ist und zu jeder Tages- und Nachtzeit einen körperlichen Eid abzulegen bereit sein wird, um die stets vorhandene Friedfertigkeit und Unschuld des imperialistischen Frankreich zu „beweisen".

Es gibt noch bessere Zeugen. Der russische Kriegsminister Suchomlinow, der nach dem Krieg in Berlin „Erinnerungen" in deutscher Sprache (1924) hat erscheinen lassen und in diesen Erinnerungen den Deutschenfreund spielt, hat jahrelang mit dem französischen Generalstabschef Joffre zusammen den Krieg vorbereitet. Er gibt als Ziel dieser Zusammenarbeit an:

> „Deutschland zu erdrücken, war die Losung, welche die gesamte Tätigkeit unserer (der russischen und französischen) Armeen bestimmte."

Derselbe Suchomlinow zitiert die Briefe welche der Finanzminister Kokowzew, der Außenminister Sasonow, sein schon erwähnter Staatssekretär Neratow mit der Pariser Börse und dem Vorstand der Pariser Börsenmakler, de Verneuil, austauschten (1913), damit Rußland jährlich 400—500 Millionen Goldfranken erhielte unter den Bedingungen des Ausbaues jener Bahnen, welche der französische und der russische Generalstab gemeinsam für notwendig erklären würden und der Vergrößerung des Friedenskontingents der russischen Armee.

Das war eine klare Kriegsvorbereitung unter genauer Kenntnis des Schlieffenschen Aufmarschplanes.

„Das süße Frankreich" hat also sehr bewußt den Krieg vorbereitet.

V.

Sehen wir uns jetzt den Ehrenmann G'rey an, der bis in den August 1914 den „ehrlichen Makler" Deutschland gegenüber gespielt hat.

Im September 1912 erklärte dieser friedliche Freund des wissenschaftlichen Angelsports zu Sasonow

> „ohne Schwanken, daß im Falle des Eintretens der (von Sasonow vorhergesehenen) Ereignisse (russisch-deutscher Krieg) England alle Anstrengungen machen würde, um der deutschen Seemacht den empfindlichsten Schlag beizubringen".

Und König Georg V., dem Macdonald, der aus Zwiebackaktien Baronet-Titel macht, jetzt die Pfoten bei den Empfängen küßt, fand, so sehr er an Dämlichkeit dem ihm so ähnlichen Nikolaus nicht nachstehen mag, die „kräftigen" Worte:

> „Wir werden jedes einzelne deutsche Handelsschiff versenken, dessen wir habhaft werden (We shall sinke very single German merchant ship, we shall get hodl of",)

Wie man sieht, haben die „friedfertigsten" Monarchen der Welt, denen jetzt die friedliebendsten Lakaien dienen, die „Hunnentaktik" sehr früh zu schätzen verstanden.

VI.

Daß die deutschen Imperialisten nicht um ein Haar besser waren, versteht sich. Sie waren nur dümmer. Nachdem sie auf die Provokation der Ermordung Franz Ferdinands, jenes bigotten Feldwebels, hereingefallen waren, hetzten sie zum österreichisch-serbischen Krieg (das befürwortete Ultimatum und die albernen Randbemerkungen Wilhelms auf den Berichten des Wiener Botschafters Tschierschky beweisen das unzweideutig) und wollten einen Krieg gegen Frankreich und Rußland. Sie waren nämlich, nicht mit Unrecht, überzeugt, daß sie mit diesen Gegnern fertig werden konnten. Wie albern aber die Ansicht der Berliner „Diplomaten" der junkerlichen Schule war, wenn sie glaubten, England werde sich neutral halten, zeigt der im Mai bereits zwischen England und Rußland vollkommen vorbesprochene Marinevertrag, dessen Besprechung der Gentleman Grey dem deutschen Botschafter Lichnowski gegenüber immer stramm geleugnet hat. (Nebenbei: der Ehrenmann Grey, der wußte, wie bald der Krieg beginnen würde, unterhandelte im Sommer 1914 ganz fidel mit Lichnowski ebenfalls über eine Teilung der Türkei und des Mossul-Petroleums; die deutschen Diplomaten wurden eben sicher gemacht und Lichnowski hat ja auch tatsächlich an keine Kriegsmöglichkeit gedacht.). In diesem Marinevertrag, den Genosse Potrowski zum erstenmal vollständig abdruckt („Prol. Revol.", Heft 30, Seite 20—23) wird ganz ausführlich festgelegt, wie die deutschen Seestreitkräfte in der Nordsee gebunden werden, wodurch Rußland eine Landung von Soldaten in Pommern ermöglicht wird.

VII.

Es ist gerade jetzt, wo die Völkerbundsdelegierten eine ekelhafte Komödie aufführen, nicht ganz überflüssig, an diese „Kleinigkeiten" zu erinnern. **In Frankreich sitzen all die alten Beamten noch, welche 1914 für den Krieg waren und ihn viele Jahre vorher haben vorbereiten helfen.** Herr de Selves ist in hohem Amte, Herr Peretti della Rocca ebenfalls; Viviani lebt, Poincaré kann jeden Tag wieder einflußreich werden. In England sind die alten Beamten ebenfalls noch alle da. Nicht nur Grey könnte allerhand erzählen, sondern auch Lord Parmoor, der edle Greis, der jetzt so für den Völkerbund schwärmt; auch die Herren Crewe und Tyrell kennen allerlei Interessantes. Aber auch in Deutschland sind, zumal im Auswärtigen Amt, fast alle alten Beamten geblieben. Alle die Archive enthalten wahre Schätze an solchen „Episoden" und „Anekdoten", wie wir sie hier in sehr bescheidener Auswahl genannt haben. Und auch seit dem Friedensschluß ist genug an derlei für die „öffentliche Meinung" fabrizierten schönen Dingen aufgelaufen, wovon ja einiges Sawinkow und der für die „öffentliche Meinung" zu einem Putsch nach Georgien geschickte Djugeli erzählt haben.

Wir Kommunisten wissen, daß die imperialistischen Kriege nicht durch „Schuld" dieses oder jenes Gauners oder Trottels entstehen oder gemacht werden. Aber wir wären große Freunde einer weitgehenden Veröffentlichung solcher „Anekdoten" auf allen Seiten, damit die Arbeiter überall sehen, wie einfach und plump und grob die so fein scheinende Mechanik der „Verteidigungskriege", der „gerechten" und sogar der vom Völkerbund noch zu sanktionierenden Kriege ist.

Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß Ende Juni 1914 Herr Emile Vandervelde, Vorsitzender der 2. Internationale, in Petersburg auftauchte. Er unterhielt sich sehr wenig mit den „Genossen" und ziemlich viel mit den Kreisen um Gutschkow und Stachowitsch herum, d. h. mit den Kriegshetzern. Er wurde sehr bald darauf Minister des Königs von Belgien und führte den „gerechten" Krieg bis zu seiner Unterschrift unter den „gerechten" Versailler Vertrag.

Derselbe Herr Vandervelde trieb sich jetzt auf dem Balkan herum, während Admiral Beatty, der ja während des Krieges ein „Kollege" des Herrn Vandervelde war, sich — ebenfalls dort umhertreibt.

Ob die Herrschaften einen neuen „gerechten" Krieg inszenieren? Die Vorbereitung der „öffentlichen Meinung" ist schon lange da, nur daß sie diesmal gegen Rußland vorbereiten. Das „Wie" ist das gleiche wie 1914.

Vor Macdonalds Sturz

(Eig. Drahtm.) London, 7. Oktober.

In der Sitzung der Arbeiter-Regierung beschloß das Kabinett, den konservativen Mißtrauensantrag und den Antrag der Liberalen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Falle der Einstellung des Prozesses gegen die kommunistische Wochenschrift als unannehmbar abzulehnen. Die Regierung wird den König ersuchen, nach Annahme des Mißtrauensantrages die Auflösung des Unterhauses anzuordnen.

Die bürgerlichen Parteien laufen mit vereinten Kräften Sturm, um die Macdonald-Regierung zu Fall zu bringen. Die Konservativen haben ein Mißtrauensvotum gegen den Generalstaatsanwalt eingebracht, der aus politischen Gründen ein Verfahren niedergeschlagen habe. Bekanntlich hatte man gegen den Genossen Campbell, Herausgeber der Wochenschrift „Workers Weekly" ein Verfahren wegen Aufmunterung zur Meuterei und Ungehorsam auf Grund eines Gesetzes aus dem Jahre 1797 eingeleitet. Nachdem schon verhandelt worden war, wurde plötzlich das **Verfahren eingestellt.** Angeblich weil Campbell nur vorübergehender Herausgeber der Zeitschrift war, weil er am Kriege teilgenommen und sich stets als ein Mann von lauterem Charakter gezeigt hatte, weil ferner der eigentliche Leiter des „Workers Weekly" das politische Bureau der KPE. sei, dem Campbell nicht angehöre.

Nun wird von den Gegnern der Macdonald-Regierung behauptet, daß die Kommunisten gedroht haben, Macdonald, Henderson und andere Mitglieder der königlichen Regierung als Zeugen über ihre antimilitaristische Tätigkeit während des Krieges zu vernehmen. Die staunende Mitwelt hätte dann das Schauspiel gehabt, daß die englische Regierung zugeben mußte, daß sie während des Krieges dieselben Aufforderungen an die Soldaten gerichtet hatte, wegen deren jetzt der Kommunist angeklagt ist. Die Liberalen erklärten sich anfangs bereit, dieser Resolution zuzustimmen. Dann aber spaltete sich die liberale Partei, weil ein Teil die Arbeiter-Regierung dieser Frage wegen zu Fall bringen wollte. Die Liberalen brachten einen Abänderungsantrag ein, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses forderte, der die Ursachen der Niederschlagung des Verfahrens prüfen sollte.

Die Liberalen haben durch Asquiths die Ablehnung der finanziellen Bestimmungen des englisch-russischen Vertrages, insbesondere einer von der Regierung garantierten englischen Anleihe für Sowjet-Rußland verlangt. In diesem Punkte gehen Liberale und Konservative, Baldwin und Asquiths Hand in Hand. Die Arbeiterpartei und die Macdonald-Regierung haben erklärt, daß sie in diesem Punkte nicht nachgeben werden. So daß es wahrscheinlich ist, daß es dadurch und durch die Ablehnung der konservativ-liberalen Anträge zu einer Niederlage der Regierung, Auflösung des Parlaments und Neuwahlen kommt.

Alle Parteien bereiten sich auf Neuwahlen vor. Konservative und Liberale reisen im Lande herum, um die Bevölkerung, insbesondere Industrielle und Kaufleute gegen den englisch-russischen Vertrag, gegen den „Bolschewisten Macdonald" mobil zu machen. Die Arbeiterpartei hat ebenfalls sich auf Neuwahlen eingestellt. Sie hofft, wenn die Neuwahlen unter der Parole des englisch-russischen Vertrages stattfinden, daß sie dann gestärkt ins Parlament einziehen wird.

Wir müssen aber jetzt schon darauf hinweisen: **Ein etwaiger Sieg der Arbeiterpartei bei Neuwahlen bedeutet nicht eine Schwäche des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung, ein gestärktes Vertrauen zur Macdonald-Regierung. Ein Sieg der Labour Party bei Wahlen, bei denen der englisch-russische Vertrag im Vordergrund steht, würde nur der Ausdruck gesteigerter Sympathie der englischen Arbeiterschaft für Sowjet-Rußland sein.**

Starke Minderheiten der Labour-Party für die KPE.

(Eig. Drahtm.) London, 7. Oktober.

Vor Eröffnung des Kongresses der Labour Party halten die verschiedenen Gewerkschaftsdelegationen ihre Vorkonferenzen ab. Für die korporative Aufnahme der Kommunistischen Partei Englands ergaben sich überall gegen den Willen der Labour-Exekutive starke Minderheiten. In der Vorkonferenz der Grubenarbeiter wurde der kommunistische Antrag mit 74 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241007-11/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Achtung, Distriktsführer! Montag abend Material abholen.

Distrikt 8. Mittwoch abend 8 Uhr in der „Produktiv“. Erscheinen aller Pflicht.

Distrikte 8, 9, 9a und 16. Montag, abends ½8 Uhr, bei Schnabel („Loefts Hof“), Merseburger Straße: Funktionärsitzung. Referent anwesend.

Kreis Naumburg

Naumburg. Außerordentlich wichtige Funktionärsitzung am Montag, dem 6. Oktober, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn“.

Kreis Liebenwerda

Grünewalde. Fraktionssitzung der Bergarbeiter am Montag, dem 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Schmidt.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle

Halle. Sämtliche Spielleute Dienstag, 7 Uhr abends, „Produktiv.“: **Uebungsstunde.**

Halle. Dienstag, abends 8 Uhr, in der „Kette“: **14. Abteilung.** Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Kette“: **15. Abteilung.** Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal Weiße, Mansfelder Straße, Ecke Wiesenstraße: **4. Abteilung.**

Alle Radfahrer des RFB. am Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Produktiv“: Sitzung.

Halle-Saalkreis

Beesenlaublingen. Mittwoch, 8. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Gremler: **Mitgliedervers.**

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, 8. Oktober, abds 8 Uhr, im „Tivoli“: **Mitgliederversamml.**

Kreis Zeitz

Teuchern. Mittwoch, 9. Oktober, abds. 7½ Uhr, im „Grünen Baum“: **Mitgliedervers.**

Kreisvorstand RFB.

Vergleichen Sie meine Preise mit denen der Konkurrenz

Sobel's billiges Angebot

Emaille-Kinderbecher, groß	15 ₰	Emaille-Eiertiegel, groß	65 ₰
Emaille-Speiseteller, weiß/weiß, extra gr.	35 ₰	Emaille-Essenträger	80 ₰
Konsole mit Maß, Emaille weiß	65 ₰	Fleischhaufel mit Holzgriff	58 ₰
Kaffeeflasche m. Verschl. m. kl. Fehler, 1 Ltr	45 ₰	Kasserolle mit Stiel, groß	95 ₰
Emaille-Kaffeekanne extra groß	1,25	Sand-Seife-Soda-Garnitur weiß	1,65
Prima Emaille-Eimer	1,25	1 Satz Schmortöpfe mit Deckel	5,85
Schüssel, weiß/weiß extra groß	1,95	Emaille-Mülleimer mit Deckel und Griff	2,95
Waschgarnitur, 5 teilig, Steingut	4,25	Küchengarnitur, 22teilig mit bunter Kante	9,85
Zinkwanne, oval, gut verzinkt, groß	2,95	Zinkeimer, extra stark verzinkt	1,10

Neuheit! Die große **Laufpuppe** mit „Mama“-Stimme ist wieder da, zu **3,95**

Beachten Sie meine Fenster [2950

Gr. Ulrichstraße 9, Steinweg 45 u. Reilstraße 1,
wo jedes Stück mit Preis verzeichnet ist
Vereine erhalten Rabatt!

Geschäfts-Uebernahme!

Einem geehrten Publikum von Halle und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich heute das

Fleischereigeschäft des Herrn Robert Hammer
Kl. Klausstr. 2 [2946

übernommen habe. — Indem ich bitte, das meinem Herrn Vorgänger in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen auf mich zu übertragen, mich gütigst unterstützen zu wollen, zeichne ich

Hochachtungsvoll **E. Heßler.**

Stadt-Theater

Mittwoch, 7½ Uhr
„La Traviata“
Donnerstag:
„Faust“ I. [2949]
mit Paul Wegener als „Mephisto“

Vereine

Freie Volksbühne Ammendorf. Donnerstag, den 9. Oktober, abds. 8 Uhr, im „Goldenen Adler“: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes u. des Ausschusses. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Strickwolle ⅕ **75 Pf.** [2948]
Bernburgerstr. 16

Teilzahlung kleine Raten Aluminium-Ware billige Kochtöpfe und Essenträger, Geschenkartikel, Schocolade u. Keks
Schiele, Kapellengasse 3 [306
Postkarte genügt, auch nach außerhalb.

In großer Auswahl stehen von heute an

pa. hann. Futterschweine in all. Größen sowie **Ferkel u. Läuferschweine** sehr billig u. unter günstigen Zahlungsbedingungen zum Verkauf 2945
H. Richter, Trothaer St. 80. Tel. 3792

Wer tauscht Wohnung?

Bestehend aus geräumiger Stube und Küche sowie Bad und Innenklosett, Keller und Boden, mit gleicher oder größerer Wohnung in **Halle a. d. S.** gegen **Bitterfeld.** Offerten unt. *718 an die Expedition dieser Zeitung.

Die **Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge** sind mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 auf **2 vom Hundert des Grundlohnes** festgesetzt.

Weißenfels, den 30. September 1924

Allg. Ortskrankenkasse des Landkreises Weißenfels.
Blechschmidt

Landkrankenkasse des Landkreises Weißenfels.
1012] Thimey.

Lichtspiel-Theater Wittenberg

Das größte Filmwerk für Dienstag bis Donnerstag: 282

Helena, 2. (letzter) Teil
Der Untergang Trojas

Klassischer Kunstfilm
mit [illegible] **Aldini als Achill,** [illegible] **Gaidarow, Steinrück, Bassermann, Carl de Vogt** und **Edy Darclea** als **Helena.**
Anfang 6 und ¼9 Uhr.

Sowjetsterne

in den bekannten Größen, Stück **40** und **50** Pf.

Runen, Stck. 40 Pf.

Edelbein-Anhänger 1. ℳ
für Frauen und Mädchen

KJJ.-Abzeichen Stck. 50 Pf.
wieder eingetroffen.

Bezirks-Buchhandlung
und deren Filialen

Zeitungsträger

für **Goddula** per sofort gesucht.
Meldungen an **Max Kockel Keuschberg** b. Dürrenberg erbeten

Strümpfe aller Art
Strickgarne in reicher Auswahl
Trikotagen in bester Qualität
Strümpfe werden angestrickt

Joh. O. Löchl, Zeitz,

mechanische Strumpfstrickerei, [1013
Neumarktstraße 3.

Rahma

MARGARINE
buttergleich

Rahma
MARGARINE
butterglei ch
im ganzen deutschen Reich von Millionen täglich gebraucht.
Warum?
Ein Versuch für 50 Pfg. gibt Jhnen die Antwort.

Man verlange beim Einkauf von Rahma buttergleich gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“ *716

Zeitungsträger

für **Röglitz** sofort gesucht. Zu melden bei **Otto Fritzsche.**

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg,
e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.
Fernruf 1045, 1047, 2251. — Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

Bekanntmachung

betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel

Auf Grund des § 6 des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 (RGBl. I 754) und auf Grund der von dem Preußischen Minister für Volkswohlfahrt erteilten Ermächtigungen vom 10 Juli 1924 — II 7 Nr 581 — und vom 7. September 1924 — II 7 Nr. 1122/24 — wird für das Gebiet der Stadtgemeinde Halle a. d S angeordnet, was folgt:

§ 1

Der § 3 der Verordnung des Magistrats betr. Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 15. Oktober 1919 erhält folgende Fassung:

Hat der Magistrat (Wohnungsamt) dem Verfügungsberechtigten für eine unbenutzte Wohnung oder für andere unbenutzte Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, einen Wohnungsuchenden bezeichnet und kommt zwischen dem vom Magistrat (Wohnungsamt) bezeichneten Wohnungsuchenden und dem Verfügungsberechtigten innerhalb 1 Woche, nachdem der Wohnungsuchende dem Verfügungsberechtigten bezeichnet worden ist, ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt auf Anrufen des Magistrats (Wohnungsamt) das Mieteinigungsamt, falls für den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil aus der Vermietung an sich oder aus der Art des Mieters zu besorgen ist, einen Mietvertrag fest. Der Vertrag gilt als geschlossen, wenn der Wohnungsuchende nicht innerhalb einer vom Mieteinigungsamt zu bestimmenden Frist bei diesem Widerspruch erhebt. Der Inhalt des Vertrages gilt den Parteien gegenüber als vereinbart

Das Mieteinigungsamt kann anordnen, daß die Stadt Halle a.d.S. an Stelle des Wohnungsuchenden als Mieterin gilt und berechtigt ist, die Mieträume weiter zu vermieten.

§ 2.

Der § 1 der Verordnung des Magistrats betr Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 10 Juli 1920 erhält folgende Fassung:

Alle Verfügungsberechtigten bezw. ihre Stellvertreter haben jede Wohnung oder Teile derselben innerhalb **drei** Tagen, nachdem sie gekündigt worden sind, oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen werden, dem Magistrat (Wohnungsamt, Abt. Wohnungsnachweis) auf dem vorgeschriebenen Formular (Polizeiverordnung vom 13./15. Mai 1918) anzuzeigen. Wird die Formvorschrift hinsichtlich der Anzeige nicht beachtet, so kann aus einer anderweitigen Anzeige auch dann **kein** Recht gegenüber dem Wohnungsamte hergeleitet werden, wenn das Wohnungsamt daraufhin tatsächlich irgendwelche Maßnahmen ergriffen hat. Der Verfügungsberechtigte darf über Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem der Magistrat (Wohnungsamt) erklärt hat, daß er auf Grund des § 3 der Magistratsverordnung vom 15. Oktober 1919 in der Fassung vom 2. Oktober 1924 dem Verfügungsberechtigten einen Wohnungsuchenden für die Wohnung nicht zuweisen werde, oder nachdem zwei Wochen seit erfolgter Anzeige verstrichen sind, ohne daß der Magistrat (Wohnungsamt) sich erklärt hat. Die 14 tägige Frist wird nur durch die formularmäßige Anzeige in Lauf gesetzt.

Der Nachweis der vorgeschriebenen Anzeige kann nur durch Vorlage einer amtlichen Bestätigung des Magistrats (W.-A.) über die erfolgte Anmeldung geführt werden.

Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Mietverträge sind rechtsungültig. Vermieter, die dieser Vorschrift zuwider handeln, unterliegen der im § 11 der Magistratsverordnung vom 15. Oktober 1919 festgesetzten Strafe.

§ 3

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Halle, den 2. Oktober 1924. [2952

Der Magistrat.

Nachruf!

Am 5. dieses Monats ist 2951

Herr Stadtbaurat Lammers

unerwartet aus dem Leben geschieden.

20 Jahre hat der Verstorbene im Dienste der Stadt Halle gestanden und sich durch sein umfassendes Wissen und durch seine rastlose Tätigkeit reich verdient gemacht. Zugleich aber hat er sich durch seine biedere, edle Gesinnung und seine gewinnende Liebenswürdigkeit in den Kreisen der Stadtverordneten die vollste Anerkennung erworben.

Die Bürgerschaft wird seiner in Treue und Dankbarkeit gedenken

Halle, den 6. Oktober 1924.

Die Stadtverordnetenversammlung

Morgen, **Mittwoch,** bleibt unser Geschäft **feiertagshalber** **geschlossen** 94

S. Weiss

WEISS KLEIDER WERKSTÄTTEN
wkw

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241007-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Das „Volksblatt“ schweigt zum Stahlhelm-Mordtag

Uns wird mitgeteilt, daß der Stahlhelm an alle stellungslosen Kellner herangetreten ist mit dem Ersuchen, am 12. Oktober beim Umzug als Reiter mitzuwirken. Sie sollten dafür eine Entschädigung von 10 Mark für den Tag bekommen. Die Kellner haben es jedoch einmütig abgelehnt, sich als Popanze für die Faszisten gebrauchen zu lassen.

Halle soll am 12. Oktober in ein Heerlager umgewandelt werden. Die „Hallesche Zeitung“ bringt folgende Notiz:

Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Ortsgruppe Halle.

Die Kameraden, bzw. die nationale Einwohnerschaft, wird dringend gebeten, für den Stahlhelm-Sporttag Freiquartiere und Ställe für Pferde anzumelden. (Nacht vom 11. zum 12. Oktober.) Meldung erbittet die Stahlhelm-Geschäftsstelle, Magdeburger Straße 66 II.

Das alles läßt die republikanischen Behörden ruhig schlafen. Diese Zuhälter der Monarchisten und Faszisten werden natürlich denen, die mit allen Mitteln aufs nachdrücklichste die Interessen des Bürgertums vertreten, nicht ins Handwerk pfuschen. Das müssen die Arbeiter selbst besorgen.

*

Nach einer großen Stille rührt es sich endlich im hallischen Blätterwald. Der „Mitteldeutsche Kurier“ teilt mit, daß

das Verbot des Stahlhelm-Sportfestes aufgehoben

sei. Er knüpft daran die Bemerkung:

„Wie der Regierungspräsident zu einer derartigen Aenderung des Entschlusses kommen konnte, erscheint unbegreiflich, zumal da der in Halle besonders staatsfeindliche Charakter des „Stahlhelms“ unter Führung des Oberstleutnants a. D. Duesterberg bekannt ist. Die Zurücknahme des Verbotes ist nur verständlich, wenn der „Stahlhelm“ bei den Verhandlungen mit den Behörden, die nach dem Erlaß des Verbotes stattfanden, weitgehende Zugeständnisse gemacht hat. — In jedem Falle wäre es ratsam, wenn die behördlichen Organe die rednerischen und sonstigen Ereignisse des Tages genau beobachten würden.

„Genau beobachten“ ist wahrhaftig ein Witz. Die Duesterberger werden sich nicht genieren, ihre Ziele und Absichten offen auszuschreiben, selbst wenn der Herr Regierungspräsident Dr. Grützner dem Mordtag als Ehrengast beiwohnen sollte. Und die „weitgehenden Zugeständnisse“, von denen der „Mitteldeutsche Kurier“ naiv berichtet, sind nicht vom Stahlhelm, sondern von den republikanischen Behörden gemacht worden.

Grützner bewährt sich. Er verbindet mit seiner Gesinnung, die zehn Kilometer rechts von den Deutschnationalen wächst, die unverhohlene Ansicht, **daß man die Arbeiterschaft bluffen mußte, bevor man vor Duesterberg die Reverenz machte.**

Aber wenn der „Mitteldeutsche Kurier“, eine demokratische Zeitung, wenigstens den Mut hat, von der Aufhebung des Verbots zu schreiben,

hüllt sich das Parteiorgan eben dieses Dr. Grützner, das „Volksblatt“, in belämmertes Schweigen.

Es hat andere Sorgen. Es muß auf die Kommunisten schimpfen. Es muß einen Artikel über „Alpdrücken“ fabrizieren, um seinen Lesern zu verheimlichen, daß die Redaktion des „Volksblatt“ ob der Einheitsfront Duesterberg-Grützner selbst ein gelindes Alpdrücken befallen hat. Sie führen die SPD.-Arbeiter wieder an der Nase herum. Sie machens wie der große Regierungspräsident. Erst wird der starke Mann markiert, auf den Stahlhelm geschimpft, was das eZug hält, dann umgibt freundliches Schweigen die Tatsache, daß ein

zweiter 11. Mai in Halle vorbereitet wird.

Niemals noch ist die Heuchelei und der niederträchtige Arbeiterverrat der SPD. besser zum Vorschein gekommen als durch dieses Schweigen. Wo sind die Konsequenzen der „Volksblatt“-Begrüßungsrede an Herrn Dr. Grützner? Man wollte doch objektiv ihm gegenübertreten und herzhaft kritisieren, wenn etwas nicht stimmt?

Aber es stimmt ja alles. Es entspricht ja ganz der Linie dieser Partei des Arbeitermordes. Grützner ist nicht etwa ein extremer Außenseiter dieser Partei, nicht etwa der reißende Wolf unte vielen Schafen. Nein, diese Partei ist so beschaffen, daß sich die Grützners in ihr naturnotwendig entwickeln müssen.

Es ist ja nicht Grützner allein. Er befindet sich in der Gesellschaft des Herrn Runge, der den Mordtag von vornherein, ohne zu schwanken, billigte, der die völkischen Hochstapler vom Wikingbund freigelassen hat, der aber durch seine Polizei Kommunisten fortgesetzt schikanieren läßt.

Das „Volksblatt“ regt sich auf, weil wir Kommunisten erkannt haben, daß es die Einheitsfront Tirpitz-Kautsky propagiert. Was sie politisch noch nicht unverschleiert zugeben wollen, beweisen die Sozialdemokraten praktisch:

die Einheitsfront Sparing-Kasparek.

*

Der Winter steht vor der Tür. Die Lebensmittelpreise rasen in die Höhe. Die Proleten fliegen aus den Betrieben. Da muß ein Gegenmittel geschaffen werden, weiß die Bourgeoisie, damit die Arbeiterschaft nicht rebellisch wird. Um die Ruhe und Ordnung aufrechzuerhalten, wird die Phalanx des Bürgertums mit seinen Lakaien, den Sozialdemokraten, fester geschmiedet. Solchem Zusammenschluß dient der 12. Oktober. Die SPD. mit ihren Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten hat wieder einmal ihre knechtische Kapitalistentreue bewiesen, sie hat sich selbst die Maske der sozialen Heuchelei vom Gesicht gerissen. Die Arbeiterschaft kann nur zufrieden sein für den praktischen Beweis der Stahlhelm- und schwarzrotgoldenen Einheitsfront. **Sie steht auf der anderen Seite und wird den Kampf aufnehmen gegen das ganze Faszistengesindel, mag es nun sein Hakenkreuz oder einen Pleitestern tragen.**

Das hallische Proletarierelend in Zahlen

Die Stadt Halle gibt vierteljährlich eine Bevölkerungsstatistik heraus die in vielen Beziehungen aufschlußreich ist. Zum Beispiel wird über Arbeitslosigkeit, Erwerbslosenunterstützung und Arbeits möglichkeit folgendes Material angegeben:

Arbeitsuchende

Männliche Personen

waren im April-Juni 1924 beim Arbeits- und Berufsamt der Stadt Halle und der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung im öffentlichen Nachweis	11 192
Verbandsnachweis	538
Weibliche Personen	
Oeffentlicher Nachweis	4 572
Verbandsnachweis	135
	16 437

Von diesen Arbeitsuchenden bezogen Erwerbslosenfürsorge

Vollerwerbslose: Endbestand 1. Monat	1 291
Vollerwerbslose: Endbestand 2. Monat	807
Vollerwerbslose: Endbestand 3. Monat	1 006
Also nur	3104

Offene Stellen

Für männliche Personen

Oeffentlicher Nachweis	4 485
Verbandsnachweis	415

Für weibliche Personen

Oeffentlicher Nachweis	4058
Verbandsnachweis	60
	9 018

Also weit weniger als die Hälfte Arbeitsuchender konnten offene Stellen angeboten werden, und rechnet man diese ab, so bleiben noch 4315 Arbeitslose, die keine Unterstützung erhielten.

*

In der Wohnungsfrage liegen ähnliche wunderbare Verhältnisse. Das städtische Wohnungsamt hatte:

	April-Juni 24	Jan.-März 24
Selbständige Wohnungen. Angebot	420	536
Selbständige Wohnungen. Nachfrage	12 277	12 270
Selbständige Wohnungen. Vermittlung	331	429
Verbliebene vermietbare Wohnungen	159	107
Verbliebene unerledigte Nachfragen	11 946	11 841

*

Das Städtische Leihamt ist ein gutes Barometer für den „Wohlstand“ der Arbeiterschaft. Es gab dort von

	April-Juni 24	Januar-März 24
Zugang Pfänder	8 884	7 604
Abgang Pfänder	5 825	3 920
Endbestand Pfänder	10 382	7 323

Hier wie bei der Zahl der Wohnungsuchenden wird die Zahl immer größer, welche die ungünstige Lage bezeichnet, je mehr man sich dem Zeitpunkt nähert, wo das Sachverständigen-Gutachten Wirklichkeit wird.

*

Am besten zeigt aber die Zahl und Art der Todesfälle, besonders der Selbstmorde, wie es bei der Bevölkerung aussieht:

Es starben an

	Januar-März 24
Angeborene Lebensschwäche einschl. Bildungsfehler in den ersten Jahren	37
Krämpfe der Kinder	8
Typhus (ausschl. Paratyphus)	3
Tuberkulose der Lungen in allen Altersklassen	79
Selbstmorde	21
Verunglückungen	26

Es berührt eigentümlich, daß die Sterbefälle an Paratyphus in der Statistik nicht mit aufgeführt sind, obgleich ausdrücklich auf diese Nichtaufführung (siehe Rubrik Typhus) hingewiesen wird.

Die Zahl der Selbstmorde ist eine gewaltig große. Wenn man bedenkt, wie viele Personen außerdem in den letzten Monaten am Selbstmord gehindert wurden, ist klar ersichtlich, wie groß die Verzweiflung unter den Massen ist.

Jedenfalls beweisen diese kleinen Ausschnitte, wie groß das Elend ist, daß eine Besserung der Verhältnisse in keiner Weise eintrat, daß überall Proletarier dem kapitalistischen System zum Opfer fallen, sei es in der Erwerbslosen-, in der Wohnungsfrage, sei es in der Sterblichkeit der unterernährten Kinder. Dazu kommt das tägliche Steigen der Preise für die lebensnotwendigen Dinge, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Löhne.

Aus diesem Elend gibt es nur eine Rettung: die proletarische Revolution, den Kommunismus.

Heraus zur Gedenkfeier der „Roten Hilfe“!

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark“

Wir weisen nochmals alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Gedenkfeier hin, die die „Rote Hilfe“ zu Ehren der 7000 politischen Gefangenen des deutschen Proletariats heute abend 8 Uhr im „Volkspark“ veranstaltet. Alle klassenbewußten Arbeiter haben die Pflicht, ihrer Solidarität mit den eingekerkerten Klassengenossen, die restlos für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten gekämpft haben, durch Massenteilnahme an der Veranstaltung Ausdruck zu geben.

Neue Angriffe gegen die Eisenbahner

Von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, Bezirk Halle, wird uns geschrieben:

Auf dem Bahnhof Corbetha, der zum Reichsbahndirektionsbezirk Halle gehört, wurde am 10. September 1924 folgende Verfügung in den Diensträumen zum Aushang gebracht:

„Zur Anfertigung einer Nachweisung hat auf Verlangen des Betriebsamts jeder Bedienstete bis zum 23. September anzugeben, in welcher Gewerkschaft er organisiert ist.

Unterschrift.“

Diese Verfügung einer Behörde der deutschen Reichsbahn, die im Direktionsbezirk Halle an mehreren Stellen erlassen wurde, stellt einen öffentlichen Skandal dar. Nach der Reichsverfassung hat jeder Beamte die volle Koalitionsfreiheit. Keine Eisenbahndienststelle kann sich das Recht anmaßen, die Angabe der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit von den Bediensteten zu verlangen. Wenn man es trotzdem tut, werden bestimmte Gründe die Veranlassung sein. Die Vermutung liegt nahe, daß die Verwaltung gewisse Maßnahmen gegen die Eisenbahner zu ergreifen gedenkt, die sich in Gewerkschaften organisiert haben, die nicht die freundliche Unterstützung der Verwaltung in Anspruch nehmen können. Zum Privatvergnügen werden die Dienstellenvorsteher diese Listen kaum aufgestellt haben. Es ist die höchste Zeit, daß der Herr Präsident der Reichsbahndirektion in aller Oeffentlichkeit zu den Dingen Stellung nimmt, die sich im Bereich seines Verwaltungsbezirks abspielen. Er würde sich für die Republik auch ein ganz besonderes Verdienst erwerben, wenn er dem Treiben der Stahlhelmleute in verschiedenen Verwaltungsstellen, in der Technischen Nothilfe und im Bahnschutz seine ganze Aufmerksamkeit schenkte.

*

Die Reichsgewerkschaft befindet sich selbst noch in einem Irrtum, wenn sie annimmt, der Präsident der Reichsbahn werde die Koalitionsfreiheit der Beamten wieder herstellen, wenn er von diesen Zuwiderhandlungen gegen die Verfassung erfährt. Im Gegenteil: Es wird ihm nicht einmal unerwünscht sein, zu erfahren, wie viel Beamten durch ihre Organisierung Ausdruck geben, sich nicht bedingungslos bis zum Aeußersten auspowern zu lassen. Ist er doch nicht mehr Beauftragter der deutschen Republik, sondern des internationalen Kapitalistenkonsortiums, dem sich eben die deutsche Republik in London mit Haut und Haaren, mit allen Sachwerten und den Leibern des Proletariats verschrieben hat.

Nicht nur in unserem Bezirk geht es den Eisenbahnbeamten so. Auch in Chemnitz ist wieder die alte „Ordnung“ eingekehrt, und es hagelt neue Angriffe gegen die Eisenbahner.

Die Technische Nothilfe machte folgenden Anschlag im Chemnitzer Bezirk:

Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern. Landesunterbezirk Chemnitz.

Chemnitz, Datum des Poststempels, Planitzstr. 103. (Polizeikaserne.)

An unsere Mitglieder.

Betrifft Ausbildungskurse bei der Eisenbahn.

Nach Beschluß der deutschen Reichseisenbahnverwaltung sollen die infolge des Ruhreinfalls unterbrochenen Ausbildungskurse von Nothelfern im Eisenbahndienst nunmehr wieder aufgenommen werden. Außer Wiederholungskursen für die seinerzeit ausgebildeten Nothelfer soll durch Ausbildung weiterer Helfer der noch fehlende Bedarf an Hilfskräften für die Durchführung des Notfahrplans im Falle eines Streiks der Eisenbahner gedeckt werden.

Ausbildungskurse finden statt für **Lokomotivführer, Lokomotivheizer, Stellwerkdienst,** Rangierdienst, **Zugbegleitdienst.**

Die Ausbildung erfolgt theoretisch und praktisch. Die Ausbildungszeit wird vergütet. Wir bitten unsere Mitglieder, sich an den Kursen recht zahlreich zu beteiligen und sich in der Geschäftsstelle der Technischen Nothilfe in der Polizeikaserne Zeisigwald, Planitzstraße 103, in der Zeit von 8 bis ¼4 Uhr oder schriftlich für einen der obigen Kurse zu melden.

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß auch in Halle die Technische Nothilfe ihre Ausbildungskurse begonnen hätte. Sie hatte hier zwar einen gehörigen Reinfall zu verzeichnen — von den 25 Geforderten erschienen nur vier Mann —. Aber es ist klar, die Technische Nothilfe macht mobil, weil überall die Eisenbahner Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse fordern. Die Regierung, die sowieso schon den Eisenbahnern das Streikrecht genommen hat, bereitet alles vor, um die Eisenbahnarbeiter und -beamten rücksichtslos niederschlagen zu können und ihnen jede Möglichkeit eines Kampfes für Besserung der Lebensverhältnisse zu nehmen.

Um so mehr ist es Aufgabe der Eisenbahner und der Eisenbahnbeamten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und die Gewerkschaften zum Kampf zu zwingen, und jede Nachgiebigkeit der Gewerkschaftsführer zu verhindern.

Front Heil, der Zuhälterei!

Vor Gericht erscheint stolz mit dem Stahlhelmabzeichen geschmückt eine Stütze der jetzigen morschen Gesellschaftsordnung, nämlich der Musikus Edmond Bechler. Das kapitalistische Wirtschaftssystem zwang auch ihn, Arbeit auf den Leuna-Werken anzunehmen. Aber Edmond handelte nach dem bewährten **Grundsatz aller Edelteutonen: „Helf Dir selber, so helfet Dir unser Herre Gott“.** Und dieser treudeutsche Gott hat diesen Edmond auch geholfen, wie er auch Zabel, Sparing und vielen anderen ähnlichen Völkischen half, mühelos ihr Geld zu verdienen. Aber mit Edmond hat er es besonders gut gemeint. Dieser sollte nun gar nichts mehr tun. Nicht einmal Betrügereien brauchte er zu begehen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Edmond lernte eine Dirne kennen, die ihn von ihrem Verdienst miternährte, und ihm außerdem eine Flöte schenkte und andere schöne Sachen. Also Edmond lebte herrlich und in Freuden. Durchreiste mit seiner Flöte und seiner Dirne fast ganz Deutschland, bis ihn das Mißgeschick in Form einer Anklage wegen Zuhälterei ereilte.

Vor Gericht gab der Angeklagte alles zu, bestritt auch nicht, daß er gewußt habe, daß seine Flöten- und Geldspenderin eine öffentliche Dirne gewesen sei und er sich dadurch der Zuhälterei schuldig gemacht habe.

Der Amtsanwalt beantragte gegen Bechler eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Herre Gott half unserem wackeren Stahlhelmmann auch dieses Mal und ließ ihn durch das Gericht nur zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen verurteilen, die der Flötenspieler dann nach einigem Zaudern auch annahm.

*

Hoffentlich wird dieses tüchtige Mitglied des Stahlhelmbundes nicht auf Grund dieser Zeilen ausgeschlossen. Wir können dem Stahlhelmbund nur versichern, daß Edmond Bechler durch das Tragen seines Stahlhelmabzeichens in dieser schmutzigen Sache bewiesen hat, wie sehr er die sittliche Erneuerung des Teutschtums erfaßt hatte und in die Wirklichkeit umsetzte.

„Front Heil!!“

Glänzender Verlauf der Konsum-Ausstellung

Die Genossenschaftliche Warenausstellung im „Volkspark“ erreichte am Sonntag nach achttägiger Dauer ihr Ende. Der letzte Tag wies die größte bisher erreichte Besucherzahl auf. Der Andrang war derartig stark, daß der Zugang der Ausstellung wiederholt abgesperrt werden mußte. Tausende waren zur Umkehr gezwungen. Trotzdem konnten 9807 Personen gezählt werden. Während der Gesamtdauer haben **46 711 Personen die Ausstellung besucht.** Eine Besucherzahl, die selbst die kühnsten Erwartungen übertraf. Der Erlös für verkaufte Waren zeitigte ein erfreuliches Resultat. Auch der selbstfabrizierte Kuchen und Kaffee fand großen Absatz. Dem gesamten Ausstellungspersonal, daß an genossenschaftlicher Opferfreudigkeit nichts zu wünschen übrigließ, gebührt großer Dank. Möge der starke Besuch ein günstiges Vorzeichen für die in den nächsten Tagen vorzunehmende Agitation zur Gewinnung neuer und besonders treuer Mitglieder sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241007-11/fragment/page=0005
DFG

Die für heute angesetzte Versammlung der Betriebszellen der Produktiv-Genossenschaft, des Konsums und der Ortskrankenkasse fällt aus.

* **Auf der Konsumausstellung im „Volkspark" in Halle wurden für die „Rote Hilfe" 159,21 Mark gesammelt. Bei dem Winzerfest des hallischen Frauenchors erbrachte eine Sammlung für die „Rote Hilfe" 9,50 Mark.**

* **Lehrkursus der Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle a. d. S.** Der Lehrkursus beginnt am Montag, dem 13. Oktober, abends 8 Uhr, in der Alten Volksschule, 2 Treppen, Zimmer 33, unter ärztlicher Leitung. Interessenten können sich daselbst noch anmelden.

* **Der Arbeiter-Sängerchor** veranstaltet am Freitag, dem 10. Oktober, abends 7 Uhr, sein 17. Stiftungsfest im großen „Volkspark"-Saal. Da keine besonderen Einladungen ergeben, sind die passiven Mitglieder hierdurch besonders eingeladen.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen der KJ. im Saalkreis!

Am 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Unterbezirksleiterkonferenz statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen unbedingt alle Ortsgruppen vertreten sein. **Unterbezirksleitung Saalkreis.**

*

* **Kommunistische Jugend.** Heute, **Dienstag,** abend besuchen alle Mitglieder die Veranstaltung der „Roten Hilfe".

Mittwoch abend um 8 Uhr im Jugendbureau wichtige

Vorstandssitzung.

Donnerstag treffen sich alle im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV.) organisierten und in der Metallindustrie beschäftigten Mitglieder abends um 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft zu einer Sitzung. Kein Mitglied dieses Berufszweiges darf fehlen.

Freitag abend um 8 Uhr

Mitgliederversammlung.

Lokal wird noch bekanntgegeben.

*

Kommunistische Kindergruppe, jetzt „Jung Spartakus-Bund". Allen Eltern zur Kenntnis, daß die Kinder, die nach Weißenfels gefahren sind, am Mittwochmittag wieder in Halle ankommen.

Aus der Provinz

Die bankrotte Schutzgarde der bankrotten Republik in Eisleben

Maskenball mit behördlich genehmigtem Umzug **fand am Sonntag in Eisleben statt. Schwarzrotgoldene wie Masken** angeputzte Reichsbannerleute aus den Orten Mitteldeutschlands hatten sich eingefunden, um in Eisleben einen dreifarbenen Lappen **zu weihen. Wochenlange Propaganda,** großer Tamtam wurde geschlagen; Eisleben sollte Tausende und aber Tausende dieser **Masken** sehen. **Doch ach,** die dreifarbenen Spießbürger **hatten** zu arg übertrieben. Nach genauer Auszählung der Teilnehmer waren **einschließlich** aller Spielleute **nur 231 Reihen zu je vier Mann** vertreten, dazu kommen 14 einzeln **marschierende Personen,** die aber durch die zu drei Mann marschierenden Fahnengruppen wieder aufgehen. Also im ganzen **noch nicht einmal 1000 Mann** hatte der republikanische Kriegerverein auf die Beine bekommen. Die Pleite wird erst übersichtlich, wenn man unterrichtet ist, daß die Gruppen **Helbra, Hettstedt, Sandersleben, Aschersleben, Halle, Delitzsch** neben anderen (eingerechnet die Jungens) vollzählig vertreten waren. **Die Berichte des „Volksblatts", die geschwollenen Phrasen der sozialdemokratischen Reden über das Anwachsen der republikanischen Knüppelgarde sind und bleiben erlogen.**

Eisleben ist das Jena der Hörsing-Garde in Mitteldeutschland.

Die Eisleber Arbeiterschaft stand denn auch **teilnahmslos beiseite.** Mit mitleidigem Lächeln über so viel Impotenz beobachteten die Arbeiter die wie Pfingstochsen aufgeputzten „Freiheitshelden". Am schneidigsten machte sich die **verstärkte Schupo.**

In strammem Schritt, den **Gummiknüppel in der Hand,** begleitete die republikanische Polizeigarde die „echten" Republikaner. Der republikanische Schupokommandeur **Wieland** hatte seinen „Lieblingen" einen argen Streich gespielt. Die Angehörigen des **Reichsbanners** in der Schupo durften bis auf vier Mann **nicht** mit aufziehen; sie hatten, trotzdem sie eigentlich dienstfrei waren, **Bereitschaftsdienst.** Ob dieser Gemeinheit schimpften die führenden „Größen" des Reichsbanners wie die Rohrspatzen, am meisten Wielands Freund, sein Chef, der **Oberbürgermeister Clauß,** natürlich **erst recht,** als er schon einen kleinen Schwips hatte.

Den Höhepunkt bildete die **Festrede** des bekannten Ministers a. D., des **Freiherrn von Brandenstein**. Am Lutherdenkmal zog Brandenstein seine Mütze und begrüßte den in Erz dort stehenden **Luther** als **Republikaner**. Lache nicht, lieber Leser, man kann von einem „Republikaner" keine Geschichtskenntnis verlangen. Jawohl, eine **Wesensverwandtschaft besteht** zwischen dem **Reichsbanner Schwarz-Rot-Mostrich** und **Luther**. Luther schlug mit Hilfe der feudalen Raubritter die **Bauernrevolution nieder**, und **der Holzhelm erklärt als sein Hauptziel, die proletarische Revolution niederschlagen zu wollen. Auch Brandenstein wetterte gegen die Linksbolschewisten in allen Tonarten**, und die „**Heil-Moskau**"-**Rufe** in allen Straßen hatten ihn so verwirrt, daß er seiner alten Tradition gemäß **anstatt die Flagge Schwarzrotgold die Flagge Schwarzweißrot hochleben ließ**. Ob, diese Verwirrung, diese Blamage, noch nicht einmal eine „bezahlte" Rede kann solch ein abgetakelter Offizier halten.

Der hallische Sozialdemokrat **Drescher** mußte denn auch seinen „Kameraden" aus der Patsche helfen; er sang in höchsten Tönen das Lied von der „herrlichen" Republik. **Golden flackert die Flamme!** Ja, die Flamme flackert bedenklich und ist, kaum angezündet, schon wieder am **Verlöschen**. **Wenn man schon die kaum hundert Leutchen aus Eisleben sieht und dabei an die Vergangenheit denkt, kann auch einem robusten Menschen übel werden.** Nun, die wenigen Arbeiter haben sich auch sicherlich geschämt, vielleicht das erste Zeichen des Erkennens.

Einen weiteren „herrlichen" Anblick bot der

Parademarsch auf dem Plan.

Da „flogen" krumme und gerade Beine. Stolz stand Brandenstein und ließ seinen „**Feldherrnblick**" über seine Getreuen gleiten. Neben ihm stand unter anderen als Adjutant **Oberbürgermeister Clauß** und hatte für zehn Minuten seinen Schmerz über den bevorstehenden Abbau vergessen. Alles in allem, ein schlechter Kriegervereinsmarsch! Leider ließen sich auch Arbeiter von diesem Spuk verblüffen. Die Hälfte der Mostrichmannen waren jedoch Leute, für die als Gewerkschafts-, Partei-, Konsum- und Kommuneangestellte die soziale Frage als gelöst gilt. Daß das Reichsbanner **arbeiterfeindlich** ist, dürfte jeder wissen. Folgendes Glanzstückchen beweißt das von neuem:

Das **Trommlerkorps** unserer **Arbeiterturner** hatte sich überreden lassen, am Umzug teilzunehmen. Doch gern scheint man sie nicht gesehen zu haben, denn ehe überhaupt angetreten war,

verbot man den Spielern, die „Internationale" oder den „Sozialistenmarsch" zu spielen.

Nette Sozialdemokraten, die ihren eigenen Leib- und Magenmarsch nicht mehr hören können. Armselige Gesellschaft, die nicht wagt, für ihre Ueberzeugung einzutreten.

Wir nehmen Abstand, hier das Betragen der betrunkenen Reichsbannerleute in dem **Stammlokal des Stahlhelms, der „Terrasse"**, zu kennzeichnen. Im „**Volkshaus**", dem Arbeiterlokal, waren am Abend **kaum 100 Personen** zu zählen; sie mußten sich notgedrungen anständig benehmen, denn die Leute der „**Roten Faust**" duldeten nicht, daß diese Herrschaften sich mausig machten.

Jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin hat der Sonntag die Augen geöffnet. Der Reichsbannerspuk ist und bleibt nur ein kurzer Spuk. Der 5. Oktober wird zum Gespött des „Reichsbanners", es war ein glänzender Reinfall. In Mansfeld sind die republikanischen Garden erledigt, es ist und bleibt ein kleines, unscheinbares Häuschen vom Wege Abgeirrter. Kein Renommieren, kein Presseschwindel, und wenn er noch so groß aufgemacht ist, kann über den Bankrott hinwegtäuschen.

Werktätige! Weg von diesem bezahlten Kriegerverein!
Hinein in den Roten Frontkämpfer-Bund!

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Eine am 5. Oktober in **Oelsnitz** im Erzgebirge stattgefundene gutbesuchte Belegschaftsversammlung des Deutschland-Konzerns nahm **einstimmig** folgende **Resolution** an:

„Die Belegschaftsversammlung des Deutschland-Konzerns erhebt schärfsten Protest gegen die Gefangenhaltung der 7000 proletarischen Vorkämpfer, während die faszistischen Sonderbündler frei herumlaufen. In dieser Tatsache erblickt die Versammlung den Krieg der Besitzenden gegen die Besitzlosen und fordert alle Arbeiter auf, gemeinschaftlich den schärfsten Kampf zu führen zur Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen und die „Rote Hilfe" auszubauen."

Arbeiter, erhebt millionenfach den Ruf auf Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen! **Heraus mit den Opfern der Klassenjustiz!**

Merseburg-Querfurt

Ein 2000-Gramm-Brot in Merseburg 70 Pfg.!

Die Preise steigen! Es wird Schlimmes befürchtet für den Winter. Auf allen Gesichtern steht zu lesen: **Wie soll das enden?** Niedrige Löhne, steigende Preise! Selbst in den bürgerlichen Blättern **werden bereits Stimmen laut. So** steht im Merseburger „Correspondent" ein **Eingesandt,** in dem zunächst den Bäckermeistern die Schuld in die Schuhe geschoben wird. Es heißt da:

Merseburg marschiert, wie gewöhnlich, an der Spitze. Warum schreibt man hier nicht: In **Halle** kostet ein 1900-Gramm-Brot nur 55 Pf., in **Weißenfels** nur 60 Pf., in **Ammendorf** nur 55 Pf. usw.? Es sei nur an die letzte Erhöhung der Milch erinnert. Jedenfalls ist es eine Ungerechtigkeit sondergleichen, daß man gerade bei den wichtigsten Lebensmitteln in einer so kurzen Zeit eine solche Preiserhöhung Platz greifen läßt, da man doch in anderen Städten auch mit ganz bedeutend niedrigeren Preisen auskommt. Es scheint, daß die Merseburger Herren Bäckermeister größere Ansprüche stellen als anderswo. Es soll heute nur kurz darauf hingewiesen werden, wie hoch sich der Brotpreis in umliegenden Städten stellt. Einer für viele.

Obwohl der Umstand, ob ein 1900-Gramm-Brot da und dort nur 60 Pf. oder ein 2000-Gramm-Brot 70 Pf. kostet, gewiß eine Rolle spielt, muß doch das Hauptaugenmerk auf die allgemeine Steigerung der Preise gerichtet werden. Demgegenüber heißt es nun Maßnahmen zu ergreifen. Die arbeitende Bevölkerung ist gezwungn, höhere Löhne zu fordern, um so mehr, als die jetzigen Löhne sowieso viel zu niedrig sind. Deshalb, Arbeiter, Angestellte, Beamte! Eine neue Teuerungswelle rollt heran! **Sichert Euch beizeiten auskömmliche Löhne!** Wo man sie Euch verweigert, müßt Ihr darum **kämpfen!**

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Haussuchungen und Verhaftungen in Zeitz

Am letzten Sonnabend fanden **in Zeitz** polizeiliche **Haussuchungen** statt. Gesucht wurde diesmal nach — **Sprengstoffen!** Die Beamten gaben sich die größte Mühe, etwas zu finden; alles wurde durchstöbert, im Kohlenkasten, ja sogar in der Salzbüchse wurde nach dem gefährlichen Zeuge gesucht. Nachdem in den Wohnungen kein Erfolg zu verzeichnen war, ging es weiter in die **Keller** und auf die **Böden**, aber nichts war zu entdecken, kein Stäubchen Sprengstoff, keine Cholerabazille, rein gar nichts. Doch halt, wir wollen ehrlich sein; in unserer Filiale in der Liebknechtstraße wurde ein „**geheimes Waffenlager**" entdeckt. Gefunden wurde ein Gewehr (das Modell konnten wir nicht feststellen), aber es soll aus dem **Warenhaus Max Cohn, Abteilung Spielwaren,** stammen. Weiter wurde eine sogenannte **Knallkorkpistole** gefunden. Wegen dieser „staatsgefährlichen" Waffe wurde letzthin schon einmal in **Theißen** anläßlich des Internationalen Jugendbundes ein Genosse von uns verhaftet. Die Zeitzer Polizei wollte sich aber nicht so lächerlich machen, wie es ihre Kollegen von der grünen Polizei in Theißen gemacht haben, und ließen uns dieses „Mordinstrument".

Aergerlich über dieses **negative Ergebnis** wurde der **Genosse Hermann Bach,** nachdem man erst seine Wohnung ergebnislos durchschnüffelt hatte, **kurzerhand durch die Polizei von seiner Arbeitsstelle weg verhaftet.** Ohne Grund wurde er seiner Freiheit beraubt und in **Polizeigewahrsam** genommen. Nachdem er zwei Stunden eingesperrt war, wurde unser Genosse **gewaltsam nach Altenburg transportiert und dort einem Verhör unterzogen.** Hier mußte festgestellt werden, daß die Zeitzer Polizei wieder einmal **Gespenster** gesehen hatte. **Genosse Bach mußte wieder auf freien Fuß gesetzt werden!**

Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Weißenfels. Stadtverordnetensitzung. Am Mittwoch, dem 8. Oktober, abends 6 Uhr, findet eine Stadtverordnetensitzung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Mandatsniederlegung eines Stadtverordneten. Festsetzung der Steuerzuschläge für das 2. Halbjahr 1924. Ausschreibung der Stadtbauratsstelle. Wertbeständigkeit der Spareinlagen. Abschluß eines Heimstättenvertrages. Wahl einer Steuerkommission. Wahl der Notstandsspeisungskommission. Ersatzwahl zur Wirtschaftskommission des Stadttheaters.

Weißenfels. Beisitzerwahl zum Mieteinigungsamt. Der Magistrat macht bekannt: Die Wahlzeit der Beisitzer und Stellvertreter des Mieteinigungsamtes läuft am 31. Dezember 1924 ab. Gemäß § 7 des neuen Mieterschutzgesetzes vom 1. Juni 1923 soll die Bestellung der Beisitzer auf Grund von Vorschlagslisten, die von den örtlichen Hausbesitzer- und Mietervereinen zu erfordern sind, auf die Dauer eines Jahres, also für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925, erfolgen. Wir fordern daher bis spätestens zum

---

Quo vadis . . .?

12

Ein Fragment von J. R. Becher

Seltsame Lieder wurden in diesen Reihen gesungen; alle mit dem Kehrreim: „Wieso!? Warum!? Wozu!?" Lippen rieben sich aneinander, bis völlig sie schrumpften: unbeantwortbare Fragen nach dem Sinn des Leids . . . Hinauf bis in die höchsten Höhen des Himmels wuchs jetzt das Ueberhunderttausend-Millionen-Volk . . . Kaufleute, Denker, Dichter, Priester, Minister, Kaiser und Könige schritten darin: plötzlich aufgerüttelt von dem die Weltgründe allgewaltig durchstürmenden neuen Geist; wunderbar verjüngt, und, ihrer selbst kaum mehr bewußt, zu einem neuen Menschheitsbewußtsein erwacht: diese aber alle riesig rauschende rote Fahnen schwenkend in den wie aus faserichten Flechten wieder zusammengewobenen Händen, die flatterten eine wilde Empörung hinaus. Da wurden immer ähnlicher einander die Gesichter. Eine elektrische Marschmusik schmolz, rhythmisch sie schwingend, ineinander alle Glieder. So war es, als demonstrierte ein Ueberhunderttausend-Millionen-Volk auf einer frei im Weltraum hängenden Fläche vor einem plump aufgeführten, götzenähnlichen Standbild: dem Welten-Unsinn.

Automatisch kurbelte es in dem von diesen Gesichten Uebergeblendeten die Worte:

„In Eurem Namen, Ihr Mißbrauchten, trete ich vor und spreche. Ich protestiere . . . In Deinem Namen, Seminarist . . . In Eurem Namen, Ihr ermordeten Arbeiter . . . In Deinem, Bärbele! . . . In Eurem Namen, alle Ihr Kinder, und Ihr Kinder dieser Kinder, von Geburt auf geschändet in ihrer Wesenheit durch die Unwissenheit und die dummdreiste Roheit der Eltern, des Staats, der Schule."

Bis seine eigene Stimme ihm aus der Ferne zurückflüsterte:

„Nicht so viel Wesens von sich selbst machen! Wozu, Freundchen, all diese großen Worte. Nur ein klein Schrittchen heute noch vorwärts: und es ist genug für Dich, genug, ja übergenug . . ."

Damit, von den stoßenden Räderpaaren unter ihm rhythmisch geschüttelt, schlief der Wanderer ein.

Er hatte einen ganz einfachen Traum.

Ein Fabrikhofviereck. Die proletarische Hundertschaft war aufmarschiert. Gewehr bei Fuß. Ein jeder: Patronengurt, Rucksack, Brotbeutel . . . Appell. Ein älterer Arbeiter las eine Liste runter. Ein jeder trat bei seinem Namensaufruf mit einem lauten „Hier!" stramm einen Schritt vor.

„Genosse Fritz Freymut!"

„Hier!"

„Genosse Arnold Frohmaier!"

„Hier!"

„Genosse Hans Unfried — —"

Da trat auch der Wanderer seinen Schritt vor:

„Hier!"

Als Hans Unfried am Morgen erwachte, war es nur noch eine viertel Stunde weit von Berlin. Eine undurchdringliche Nebelwüste rings: man sah kaum fünfzig Meter weit. Die Fenster von Frost beschlagen.

Das Abteil hatte sich während der Nacht halb gefüllt.

Ein Bauernweib neben einem Tragkorb saß ihm gegenüber, sie zermalte schmatzend eine Butterstulle. Zwei Schuljungens, die, Schulter an Schulter, gemeinsam aus einem Buche lasen. Ein Arbeiter ruckte an der Tür, steckte den Kopf durch den Spalt: „Guten Morgen! Ist noch ein Platz frei!?"

Alle nickten freudig.

Der setzte sich.

Eine unwiderstehbare Atmosphäre verbreitete sich, kameradschaftlich, herz-warm.

„. . . . wirst auch noch einen Sohn haben irgendwo auf der Welt, Mutterle, und der wird eines Tages ganz plötzlich zu Dir gelaufen kommen, wenns geschafft ist, und sagen: „Denk Dir nur, Mutterle, alle Menschen san jetzt wirklich frei! . . . Brauchst Dich nimmer so abrackern und zsammenschafin, für anderer Leut ihr Geld, und grad no aufpassn, daß einer am End gar Di selbst no wegschnappt . . . Habn do alle grad gnug, und san wir do alle, alle allesamt, ja denk Di nur, für anander da . . . Da is, mein i, do die höchste Lebensfreud . . ." Und Ihr, Ihr Gymnasiasten: völlig unzureichend genährt mit der dürftigsten Kost verschrobener Lehrbücher: bald wird die lebendigste Geschichte Eures wiedererwachten Volkes in kräftigen Bildern den überzeugendsten Anschauungsunterricht vor Eueren Augen entrollen! . . . Und Du, Du Arbeiter: Deine Schultern sind ja selbst einer der Pfeiler, tragend das firmamentklare Gewölbe einer neuen Helden-Zeit . . ."

Blitzartig durchschoß es noch zu einem letztenmal in unserem neugewonnenen revolutionären Kampfgenossen die Ereignisse eines Sommers:

„Demnach ist es so, daß der Mensch, wenn er nicht jeden Anspruch auf sein Menschentum verlieren will, sich von der gegenwärtigen Gesellschaft, die sich uns als Feindin jeder wahren, allein des Menschen würdigen Menschengemeinschaft darstellt, daß der Mensch sich von der gegenwärtigen Gesellschaft ablösen muß; einsam wird; bis er eines Tages über die Einsamkeit, über sich selbst hinaus wieder die Gemeinschaft findet, die notgezwungenermaßen eine Kampfgemeinschaft ist. Dieser allen uns heute lebenden Menschen aufgedrungene Entwicklungsweg gleicht einer Passion, mit mehr als nur zwölf Stationen; die Einsamkeit ist die Kreuzigung, die Wiedererweckung des vereisamten Ichs zur Gemeinschaft: die Auferstehung . . . Wir wollen nicht einen Stein werfen auf die, die auf ihrem Leidensgange unter der Wucht des ihnen aufgeschulterten Riesenkreuzes zusammenbrechen. Je mehr der Auferstandenen, je inniger und gläubiger die Gemeinschaft der Auferstandenen: desto leichter auch für die Schwachen die Nachfolge . . . Wenn man aber dieses heillos in sich zerrüttete Volk sieht, das, wie kein anderes, dazu verdammt scheint, durch den Glanz seiner Vergangenheit maßlos geblendet, widerstandslos in sich zusammenzusterben: wenn man noch ein lebendig Teil hat daran, jede Zuckung seiner Leidenskurve als Leidensträger selbst mitschwingt: dann, dann beschleunigt sich in uns wie von selbst der Schritt zu jener namenlosen, in uns sich errichtenden Höhe, von deren Gesichtskreis aus jeder einzelne eingereiht und unauflösbar mit dem Schicksal aller verknüpft ist."

Mit dieser Einsicht trat der Wanderer als ein Heimkehrender über sich wie über eine Schwelle, er trat damit aus sich, einem winzigen Erlebens-Winkel, in seine letzte unendliche Heimat: in die Menschheit selbst hinaus. Seine Wanderung ist nun zu Ende . . . Aufgeschlagen lag vor ihm die Seite eines alten Buches, darin er einmal begeistert gelesen hatte: „Der Mensch ist das Organ, das die Natur sich geschaffen hat, durch ihn sich selbst zu erkennen." Nun erst wird die Welt weit . . .

Und unter einem ungeheuerem Kraftgefühl, wie er es in gleichem Maße nie an sich erlebt hate, spannte er sich, die rasenden Herztakte rissen ihn durch mißtrauisch zögernde und debattierende Menschengruppen in eine Kampffront nach vorn:

„Auf, Ihr Dichter: s'ist wieder Zeit, Heldenlieder zu singen! . . . O, an den Menschen wieder glauben, das heißt: ich bin geborgen in der Menschenwesenheit selbst, und: mir kann nichts mehr geschehen. Diesem Menschheitsglauben folgen die Menschheitstaten von selbst nach . . . Die sozialen Probleme zu lösen: das ist die Aufgabe dieser Zeit! . . . Eine gewaltige Aufgabe! . . . Mögen die Ungläubigen unserer drum spotten, wie sie wollen, diese verweichten Gehirne, diese muskelschwündigen kleinbürgerlichen Salon-Narren: das eine Auge zugekniffen, das andere zielt: wir schießen uns selbst ab als Geschoß nach dem Ziel . . . Wir wollen die ganze Welt der Menschheit erobern . . . Das, das ist es . . . Nun: hier wird gekämpft. Einer ist für den andern da . . . Proletariat: eine glühende Woge bist Du, hebe Dich auf: und aller tyrannischen Mächte gespenstische Bollwerke läßt spielend Du an Dir zerschellen . . . Es lebe die soziale Revolution! Es lebe die freie Menschheitszukunft! . . . Halte Dich wacker, mein Junge! Hier wird es entschieden! . . . Vorwärts!!!"

Hans Unfried gelobte es sichs.

Er gab sich selbst die Hand darauf.

Von dieser lebendig gestalteten Menschheits-Gegenwart aus schlug sich ihm die lichtvolle Brücke in die Menschheits-Vergangenheit hinüber, von dort, nach allen Seiten hin ausstrahlend, wie aus Sternenfunkeln selbst gewirkt, in einem kühn in den Weltraum hinausgeworfenen Bogen in die Menschheits-Zukunft: ungefährdet wandelte drüber der erkennende Mensch, von nichts als nur von der nüchternsten Wahrheit trunken: grenzenlos. —

Knirschend ruckten die Bremsen an. Schienenfelder. Konturen von Häusern, bleistiftzart. Baumgerippe, drahtfein verzweigt. Mauern huschten.

Es war schon spät im Herbst. — **(Schluß.)**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241007-11/fragment/page=0006

15. Oktober d. J. die Organisationen der Hausbesitzer und Vermieter auf, 24 als Beisitzer und Stellvertreter für das Mieteinigungsamt geeignete (und für das Amt eines Schöffen befähigte) Personen in Vorschlag zu bringen, aus denen der Magistrat die erforderliche Zahl von Beisitzern und Stellvertretern für das Mieteinigungsamt auswählen kann.

Weißenfels. Bahnhofsneubau. Dieser Tage wurde vom Bahnhofsneubau der Bahnsteig 1 dem Betriebe übergeben. Er dient der Einfahrt von Thüringen und Zeitz und der Weiterfahrt nach Corbetha. Am Bahnsteige 2 wird die bisherige Einfahrt von Thüringen für einige Zeit außer Betrieb gesetzt, bis das Gleis seiner endgültigen Bestimmung, der Ausfahrt nach Zeitz, übergeben werden kann. Bis dahin verbleibt die Ausfahrt nach Zeitz am Bahnsteige 3. Gleichzeitig erfolgte die Inbetriebnahme des besonderen Güterzugausfahrgleises bis Uichteritz. Weitere gleistechnische Arbeiten sind noch im Gange.

Naumburg. Das Brot wird teurer! Nunmehr ist auch hier eine Preiserhöhung für Brot eingetreten. Ein 1800-Gramm-Brot kostet jetzt 60 Pf. Das ist der Beginn einer neuen allgemeinen Teuerungswelle. Die Arbeiterschaft wird mit neuen Lohnforderungen antworten.

Osterfeld. Verworfene Revision. Das Reichsgericht hat die Revision des Arbeiters Wiegand, der zu Lissen die Ilse Bardenwerper ermordet hatte, verworfen. Das vom Schwurgericht zu Naumburg im Juli gefällte Todesurteil ist somit rechtskräftig geworden, wenn von der preußischen Regierung kein Einspruch erhoben wird.

Teuchern. Roter Frontkämpfer-Bund. Mittwoch, den 9. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Grünen Baum" Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Zeitz. Erwerbslosenversammlung. Mittwoch, 8. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in der „Reichshalle" Erwerbslosenversammlung statt. Bericht über die Verhandlung mit dem Regierungspräsidenten Dr. Grützner. Der Erwerbslosenrat.

Grana. Großes Geschrei erhoben die Sozialdemokraten in der letzten Gemeindevertretersitzung, als unser Vertreter beantragte, in der Besetzung des Nachtwächterpostens eine Aenderung eintreten zu lassen. Begründet wurde dies damit, daß es nicht angängig sei, wenn jemand am Tage in der Fabrik arbeite und des Nachts als Wächter fungiere. Der Mann müsse doch auch schlafen. Es gibt Invaliden, die mit ihren 20 Mk. Rente nicht leben können und die sich auf diese Weise gern noch etwas verdienen würden. Ueber diesen Antrag erhoben die SPD.-Vertreter großes Geschrei; man nannte ihn einen „kommunistischen Racheakt", weil der derzeitige Nachtwächter der SPD. angehöre. Dabei war es uns ganz gleichgültig, wer Nachtwächter werden sollte! Bei der Abstimmung enthielten sich die Bürgerlichen der Stimme; die SPD. „siegte", unser Vertreter stimmte allein für den Antrag. Die Arbeiterschaft unseres Ortes wird sich auch diesen Fall gut merken.

Bitterfeld-Delitzsch

Bitterfeld. Stadtverordnetensitzung. Die heute, Dienstag, stattfindende Stadtverordnetensitzung mit wichtiger Tagesordnung findet nicht wie sonst 7 Uhr, sondern schon um 6 Uhr statt.

Torgau-Liebenwerda

Zur Nachahmung empfohlen!

Die Ortsgruppe Großtreben des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität" beschloß in der letzten Generalversammlung, **korporativ der „Roten Hilfe" beizutreten** und einen Extrabeitrag zu erheben.

Großtreben. Stahlhelmrummel! Mit Tsching-bum machten sie sich fürchterlich wichtig. Man sah manche Gestalten, die Erinnerungen an den Weltkrieg wachriefen. Die „Chargierten", die sich damals zu Hause herumdrückten und nun tun, als ob sie die ganze Welt gefressen hätten. Und dann die „Helden", die in Wittenberg Gefangene bewachten und im Pferdedepot Wunder der Tapferkeit vollführten. Sie alle marschierten mit viel Lärm durch den Ort. Als „Kanone" war der hallische Duesterberg erschienen. Am Gefallenen-Denkmal „Ehrung"; Ansprachen des „Vertreters Gottes" und des Bezirksleiters. Dann Umzug und zuletzt großes Saufen. Die Arbeiterschaft ließ die Helden allein unter sich, trotzdem einige Gutsbesitzer ihren Arbeitern Vorschuß gaben. Fünf Mark Wochenlohn reichen eben nicht, um noch Feste feiern zu können. Das versoffene Gegröle war die ganze Nacht zu hören. Das war wohl kein ruhestörender Lärm, wenn die Einwohner immer wieder aus dem Schlafe geweckt wurden? Anders bei den jugendlichen Arbeitern! Wenn die mal abends 8 Uhr etwas auf der Straße singen, dann kommt sofort eine Anzeige! Mit diesen Ausnahmebehandlungen wird die Arbeiterschaft einmal aufräumen! Sie wird sich straff organisieren und dann den Kampf führen gegen alle Widerstände, bis zum siegreichen Ende! Dann mögen die Gegner zittern vor der Abrechnung!

Aus der Jugendbewegung

Distrikt Elsterwerda. Kommunistische Jugend. Mittwoch, den 8. Oktober, findet in Prösen im Gasthof Theuring eine Distriktsversammlung statt. Alle Genossen, die am Werbeabend mitwirken, müssen erscheinen. Ortsgruppe Elsterwerda marschiert um 7 Uhr von der Holzbrücke ab.

Distriktsleitung Elsterwerda.

Eisleben. Kommunistische Jugend. Heute, Dienstag, abend 8 Uhr, im Jugendheim wichtige Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen. Referat zur Stelle.

Die Ortsleitung.

Neues vom Tage

Wieder ein Straßenbahnunglück

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von einer größeren Eisenbahn- oder Straßenbahnkatastrophe berichtet wird. Gestern nachmittag ereignete sich in Berlin an der Ecke der Belta- und Hussitenstraße ein neues Unglück. Durch das Versagen der Bremse konnte der Schaffner den Wagen nicht zum Stehen bringen. An der Ecke der genannten Straßen sprang der Triebwagen aus den Schienen und gleich darauf entgleiste auch der Anhänger. Er wurde derartig nach links geschleudert, daß er über die Bordschwelle des Bürgersteigs flog, eine Gaslaterne mit sich riß und darauf umstürzte. Dabei wurde eine Frau getötet. Von den Insassen des Straßenbahnwagens wurden 14 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Von ihnen mußten vier ins Lazarus-Krankenhaus aufgenommen werden.

Ein Tag der Gasvergiftungen in Berlin. Gestern mittag wurden der 65 Jahre alte Portier Wilhelm Hontirolern und seine Ehefrau Auguste in ihrer Wohnung, Droysenstraße 5, mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen. Die Frau, bei der die Feuerwehr mit Erfolg Wiederbelebungsversuche anstellte, wurde ins Krankenhaus Westend gebracht. — Selbstmord durch Gasvergiftung beging der vierzig Jahre alte Schneider Karp in der Leykestraße 4 a. — Gestern nachmittag wurde in Neukölln, Weserstraße 207, die Leiche der Witwe Schildupeit aufgefunden, die sich vor vierzehn Tagen in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet hatte. — In einer deutschen Stadt versuchen an einem Tage vier Personen durch Gasvergiftung aus dem Leben zu scheiden. Dreien gelingt die Flucht aus aller Not. Der untergehende Kapitalismus fordert Blutopfer ohne Zahl.

Mord in Leipzig. In Leipzig wurde dieser Tage ein junges Mädchen auf offener Straße ermordet. — Alle Zeitungen, mit Einschluß der bürgerlichen diskutieren ganz offen darüber, daß die in letzter Zeit überhandnehmende Unsicherheit auf offener Straße **einzig und allein auf die Straßenbeleuchtung, die überall gleich schlecht ist, zurückzuführen ist,** so daß nach Eintritt der Dunkelheit sich niemand mehr auf die Straße wagen kann. Alle Versuche, daran etwas zu ändern, haben fehlgeschlagen oder nur ganz unwesentliche Erfolge gezeitigt. — Die deutsche Republik kann noch nicht einmal ein Mindestmaß des Schutzes den Staatsangehörigen bieten.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Verbindet die Betriebe mit den Opfern der Weißen Justiz!

Von Hans Tittel

Grauenhaft sind die Resultate der Weißen Justiz in Deutschland. **Seit Anfang Januar 1924 mußte die Juristische Zentralstelle der kommunistischen Reichs- und Landtagsfraktion allein in 18 800 politischen Prozessen Rechtsbeistand leisten. Doch diese Zahl ist bei weitem noch nicht vollständig. Hunderte und Tausende von Prozessen, in denen nur geringe Geld- oder Gefängnisstrafen zu erwarten waren, fanden ohne Rechtsbeistand der Juristischen Zentralstelle statt, weil sie einfach nicht in der Lage war, den ungeheuren finanziellen Anforderungen gerecht zu werden.**

Die ungeheuren Urteile, die in letzter Zeit gegen revolutionäre Arbeiter gefällt wurden, haben in allen Teilen des Reiches eine starke Protestbewegung hervorgerufen. **Der Ruf nach Freilassung der politischen Gefangenen wird nicht eher verstummen, bis die Arbeiterschaft die Generalamnestie erzwungen hat.**

Das Wüten der Klassenjustiz legt aber der deutschen Arbeiterschaft die gebieterische Pflicht auf, den Opfern und ihren Angehörigen noch umfangreicher als bisher Hilfe und Unterstützung zu bringen. „Rote Hilfe" ist deshalb das Gebot der Stunde.

Neben dem Ausbau der „Rote-Hilfe"-Organisation durch feste Mitgliedschaften und regelmäßige Leistung von Beiträgen in Städten, Dörfern und vor allen Dingen in den Betrieben, ist es eine politische, aber auch materielle Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, ein Beispiel zu verwirklichen, welches in vorbildlicher Weise wieder einmal die russischen Arbeiter und Bauern dem deutschen Proletariat gezeigt haben.

In Rußland sind die Betriebe und Gouvernements dazu übergegangen, sogenannte

Patenschaften von Gefängnissen und Zuchthäusern

zu übernehmen. Es gibt ein Dorf, daß sich zur Pflicht gemacht hat, die Patenschaft des Zuchthauses Sonnenburg zu übernehmen. Dieses Dorf sorgt für die Angehörigen und die politischen Gefangenen, die in diesem Zuchthaus schmachten.

Ein Regimt der Roten Armee hat die Patenschaft der Festungsinsassen Niederschönenfeld übernommen. Mühsam wurde zum Chef ernannt, die Roten Soldaten liefern regelmäßig von ihrer Löhnung einen bestimmten Betrag für die Unterstützung der Festungsgefangenen ab. Solcher Beispiele gibt es Hunderte. Nicht nur die politischen Gefangenen in den deutschen Kerkern, sondern auch in den Weißen Zwingburgen Horthy-Ungarns, Jugoslawien, Polens, Italiens und Bulgariens wissen die gemarterten Revolutionäre, daß russische Betriebe, Dörfer oder Abteilungen der Roten Armee regelmäßig für sie sorgen.

Dieser Gedanke der Patenschaften muß auch in Deutschland, vor allen Dingen durch die Großbetriebe verwirklicht werden. Jeder Großbetrieb muß es sich zur besonderen Ehrenpflicht machen, eine Patenschaft eines Gefängnisses oder eines Zuchthauses zu übernehmen.

Zum Beispiel sollte die „Knorr-Bremse" Berlin die Patenschaft der Festungsgefangenen Gollnow, oder die „Wanderer-Werke" in Chemnitz die Patenschaft des Zuchthauses Waldheim, oder die Werftarbeiter Hamburgs die Patenschaft des Festungsgefängnisses Fuhlsbüttel übernehmen.

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten. **Die „Daimler"-Arbeiter Stuttgarts können beispielsweise in einer Betriebsversammlung die Uebernahme der Patenschaft der Arbeiter des Stuttgarter Hochverratsprozesses, die zu hohen Kerkerstrafen verurteilt wurden, beschließen.**

Die Betriebe **sollen also dazu übergehen, die Opfer politischer** Prozesse durch besonders beschlossene Fürsorge zu unterstützen.

Welchen Sinn hat die Uebernahme einer Patenschaft? Vorauszuschicken ist, daß natürlich die Uebernahme einer Patenschaft durch einen Betrieb diesen nicht der Pflicht enthebt, den korporativen Beitritt zur Roten Hilfe zu vollziehen und außerdem noch die Belegschaftsmitglieder zur Einzelmitgliedschaft zur „Rote-Hilfe"-Organisation zu veranlassen.

Also außerdem soll der Betrieb eine Verpflichtung übernehmen und diese Verpflichtung besteht darin, daß er von Zeit zu Zeit den Angehörigen der eingekerkerten Genossen eine besondere Unterstützung in Naturalien oder in Geld zukommen läßt oder auch den Inhaftierten selbst eine besondere Zuwendung leistet.

Außerdem muß aber auch der Betrieb versuchen, in einen persönlichen Kontakt mit den verurteilten Genossen zu gelangen. Der Betrieb muß durch seinen Betriebsrat oder durch das Betriebskomitee der „Roten Hilfe" den Gefangenen von Zeit zu Zeit schreiben. Dieses Herbeiführen eines innigen Kontaktes zwischen der Arbeiterschaft im Betrieb und im Kerker sitzenden Genossen sowie ihren Angehörigen, hat große politische und moralische Bedeutung. Der gefangene Genosse weiß, daß er von seinen Arbeitsbrüdern und Kampfgenossen nicht im Stich gelassen wird.

Sein Mut wird dadurch gehoben und die Widerstandskraft gegen die körperlichen und seelischen zerrüttenden Methoden des Strafvollzugs gewaltig gestärkt.

Ans Werk, Genossen in den Betrieben! Versucht es, Ihr bringt Hilfe!

Diese Aufgabe ist notwendig! Ihre Erfüllung ist möglich, wenn Ihr wollt!

Der Notschrei eines Arbeiters.

Durch die Offensive der Unternehmer nimmt die Verelendung des Volkes immer krassere Formen an. Tausende und aber Tausende Familien hungern schon seit langer Zeit und sind dem langsamen Hungertod geweiht, wenn nicht bald eine Aenderung eintritt. Ich selbst bin einer von den Glücklichen, die noch in Arbeit stehen und noch jede Woche mit sage und schreibe 20,10 M. nach Hause gehen können, die natürlich eine fünfköpfige Familie vor Hunger und Elend nicht schützen können, denn sie langen nicht zum Nötigsten. Wie es in den Familien der Arbeitslosen und Rentenempfänger aussieht, soll hier nicht erwähnt werden, denn es ist genug darüber geschrieben worden. Ein Blick in die folgende Aufstellung, ein Blick in die harte Wirklichkeit sollte jeden noch denkenden Proletarier aufrütteln und an seine Pflicht erinnern, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren und der Unternehmeroffensive die Front des Proletariats entgegenzustellen, denn die Führer der Gewerkschaften können nur durch einen Druck der festgeschlossenen Masse gezwungen werden, andere Maßregeln zu ergreifen, wie es bisher gewesen ist.

Die notwendigsten Unterhaltungskosten einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von 15, 12 und 11 Jahren, in der Woche vom 28. September bis 4. Oktober sind:

Kartoffeln pro Kopf und Woche 7 Pfd. = 35 Pfd. ...	0,91	Mk.
Brot 5 Stück à 0,65 Mk.	3,25	„
Fett 1½ Pfd. à 0,90 Mk.	1,35	„
Margarine 1 Pfd. à 0,80 Mk.	0,80	„
Palmin 1 Pfd. à 0,80 Mk.	0,80	„
Fleisch und Wurst pro Kopf und Woche ½ Pfd. à Pfd. 1,20	3,00	Mk.
Bohnen 1½ Pfd. à 0,35 Mk.	0,53	„
Erbsen 1½ Pfd. à 0,25 Mk.	0,38	„
Graupen ½ Pfd. à 0,25 Mk.	0,13	„
Gries 1 Pfd. à 0,30 Mk.	0,30	„
Reis ½ „ à 0,25 „	0,13	„
Zucker 1 „ à 0,45 „	0,45	„
Mehl 2 „ à 0,25 „	0,50	„
Marmelade 1 Pfd. à 0,55 Mk.	0,55	„
Kakao ¼ Pfd. à 1,20 Mk.	0,30	„
Malzkaffee 1 Paket	0,45	„
Harzerkäse 1 Rolle	0,80	„
Gemüse 6 Pfd. à Pfd. 0,20 Mk.	1,20	„
Pro Kopf und Woche 1 Hering = 0,13 Mk.	0,65	„
1 Ei = 0,17 Mk.	0,85	„
1 Liter Milch pro Tag = 0,27 Mk. = 7 × 27	1,89	„
	19,22	Mk.
Zutaten zur Zubereitung von Essen (Essig, Oel, Salz, Zwiebeln, Pfeffer usw.)	0,70	Mk.
Seife für Wäsche und sonstigen Gebrauch im Monat 3,20 Mk. : 4 = 0,80 Mk. pro Woche	0,80	„
Eine Schachtel Schuhkreme	0,20	„
Wohnungsmiete pro Woche	2,80	„
Gaslicht laut Rechnung für September 3,45 Mk. : 4 = 0,86 Mk. pro Woche	0,86	„
Lebensversicherung und Feuerversicherung und Verein für Feuerbestattung pro Monat 8,80 Mk. = pro Woche	2,20	„
Holz und Kohle	1,20	„
Schuhmacher-Rechnung für September 10,80 Mk. = pro Woche	2,70	„
Gewerkschaft und Partei	1,25	„
Bildung: Zeitung, Versammlung und Vorträge 5 Mk. pro Monat = pro Woche	1,25	„
Fahrgeld zur Arbeitsstätte pro Woche	1,10	„
	34,28	Mk.

34 Mark müßte ich unbedingt haben, um das Allernotwendigste für meine Familie zu beschaffen, habe aber nur 20,10 Mark. Was muß da nun noch alles gestrichen werden? Man muß auch bedenken, daß noch lange nicht alles angeführt ist, was in der Familie gebraucht wird. In der Hauptsache **fehlt Kleidung, Schulbücher, Wäsche, Wolle, Zwirn, und viele andere Sachen,** die ich erst gar nicht anführen möchte.

Ich frage nun, wie lange sollen die Arbeiter mit ihren Familien noch in diesem Elende leben? Proletarier, schließt Euch zusammen zur Einheitsfront, mit oder ohne den Willen der Gewerkschaftsführer, zum Kampf gegen unsere Ausbeuter, die kapitalistische Klasse, für Erringung besserer Lebensbedingungen.

Ein Arbeiter der Sprengstoffwerke Reinsdorf.

7. 10. 24

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Metallarbeiter, seid auf der Hut!

Eine Handvoll sozialdemokratischer Gewerkschaftsbonzen — an der Spitze der Bezirksleiter Rößler — sind eifrig am Werke, die hallische Metallarbeiterbewegung zu zertrümmern, um die kommunistische Ortsverwaltung zu beseitigen.

Diese unsauberen Pläne müssen wir verhindern!

Aufgepaßt! Kommunistische Metallarbeiter!

Morgen, Mittwoch, den 9. Oktober, abends 7½ Uhr, findet zur Beratung der Gegenmaßnahmen in der **„Produktiv-Genossenschaft** eine

Versammlung sämtlicher kommunistischen Metallarbeiter statt. Jeder Betrieb muß vertreten sein! Ohne Parteiausweis kein Zutritt.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Kollegen des Steinarbeiterverbandes befinden sich seit Sonnabend, den 4. Oktober, im Streik. Es ist daher Pflicht der Maurer und Bauarbeiter, die Kollegen der Steinarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen und jede Steinmetzarbeit während des Streiks zu unterlassen. Wir fordern unsere Kollegen auf, in unserem Sinne zu handeln. Hoch die Solidarität!

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Halle.

Kartellvorstandssitzung in Eisleben

Am Donnerstag, dem 9. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Volkshaus" eine Kartellvorstandssitzung statt. Der wichtigen Tagesordnung halber haben alle Vorstandsmitglieder zu erscheinen.

Kommunistische Fabrikarbeiter in Wittenberg!

Am Freitag, dem 10. Oktober, abends 7 Uhr, findet im „Schützenhaus", Klein-Wittenberg, **Fraktionssitzung aller im Fabrikarbeiterverband organisierten Kommunisten statt.** Jedem Genossen, der im Fabrikarbeiterverband organisiert ist, wird es zur Pflicht gemacht, in dieser Sitzung pünktlich zu erscheinen. Parteibuch legitimiert!

Arbeiter-Sport

Sportverein Wörmlitz. Bei herrlichem Wetter standen sich am Sonntag die 1. Elf des Sportvereins und die gleiche Elf von Trotha im friedlichen Wettkampf gegenüber. Sofort nach Anstoß entwickelt sich ein lebhaftes Spiel. Beide Parteien versuchen, den Ball ins Tor zu drücken, doch vergebens. Mit 0 : 0 werden die Seiten gewechselt. Gleich nach Wiederbeginn verschärftes Tempo, und Wörmlitz kann durch scharfen Schuß in Führung gehen. Trotha zieht aber nach einiger Zeit gleich. Zwei gleichwertige Gegner ringen hier um den Sieg, aber auch zum Fußballspiel gehört Glück, so daß Trotha das Spiel für sich mit 3 : 1 entscheiden konnte. 2. Elf gegen die gleiche von Trotha blieb die Wörmlitzer Mannschaft mit 1 : 0 Sieger. Der gute Platzbesuch wird seinen Zweck zur Arbeitersportsache voll und ganz erfüllt haben.

Arbeiter-Sport- und Bildungskartell Bitterfeld. Donnerstag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, Sitzung im „Gesellschaftshaus". Das Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht. Alle noch außenstehenden Arbeiter-Sportvereine sind herzlichst eingeladen.

Briefkasten

XX. Manuskript leider nicht mehr vorhanden. Wir werden künftig so verfahren, wie besprochen. — **Zeitz.** Solche Eingänge gehen stets zur B.-L. Veröffentlichung findet nur dann auf deren Anweisung statt. Wir haben eine solche nicht erhalten. — **Eisleben.** Nein, es handelt sich um die andere Sache, die uns anscheinend nur zur Information mitgeteilt worden ist. Da möchten wir gerne wissen, ob wir es riskieren können. — **Kretzschau.** Wir wußten bisher nicht, mit wem wir es zu tun hatten. Der Einsendung fehlte Unterschrift des Vorsitzenden und der Stempel der Ortsgruppe. Kommt noch zur Veröffentlichung. — **Groß-Osterhausen.** Der ehemalige Kanzler Bismarck ist am 28. Dezember 1849 in Berlin geboren, ältester Sohn des früheren Fürsten Otto von Bismarck. — **Großtreben.** In heutiger Nummer! Einsender war uns unbekannt. Was soll denn die neue Notiz? Wollt Ihr uns nicht erst mal mitteilen, um was es sich eigentlich handelt? — **Verschiedene Berichte mußten aus technischen Gründen heute zurückgestellt werden.**

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Aus dem Geschäftsverkehr

Unsere Hausfrauen sind sichtlich erfreut durch die Einführung der neuen Feinkostmargarine „Schwan im Blauband", welche sich in Küche und Haushalt gleich glänzend bewährt. Wer bisher — wenigstens wissentlich — noch nie Margarine verbraucht hat, sollte zum mindesten einmal einen Versuch machen, der bei den jetzigen teueren Zeiten willkommene Ersparnisse ermöglicht.

Rucksäcke 302

für **Radfahrer, Touristen, Wanderer** (neu aufgenommen) billigst bei

Gummi-Bieder, Gr. Steinstr. 81 (Nähe Markt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241007-11/fragment/page=0007

Bürgerliche entlarven die Menschewisten als Macher des georgischen Aufstandes

In der heutigen Morgennummer des „Berliner Tageblatt", dem Organ der deutschen Börsen- und Handelsbourgeoisie, berichtet der russische Sonderkorrespondent der Zeitung, Paul Scheffer, der alles andere als ein Kommunist ist, über Einzelheiten des georgischen Aufstandes. Und da treten so interessante, die Weltreaktion, die am plastischsten durch Kerle vom Schlage des „Volksblatt" verkörpert wird, belastende Tatsachen zutage, daß wir es uns nicht verkneifen können, im folgenden einige kurze Sätze wiederzugeben:

„Der Aufstand war tatsächlich in drei Tagen beendet... ein **Werk aus der Küche des französischen Generalstabs."**

Nachstehende Sätze beweisen die verzweifelt kleine Zahl der Aufständischen:

„Es konnten aber statt der angesetzten 300 Mann nur 60 erscheinen. Man kann annehmen, daß sowohl die **verzweifelt niedrige Truppenstärke,** die auf dem Papier gegen Tiflis angesetzt wurde, wie ihr Verhältnis gegenüber der **noch niedrigeren wirklich verfügbaren Zahl der Insurgenten** charakteristisch sind für die Schwäche und Unzuverlässigkeit des Gesamtaufgebots."

Zum Beweis der unverschämten Lügen der sozialdemokratischen und übrigen kapitalistischen Blätter über die angebliche Beteiligung russischer Truppen an der Niederschlagung der georgischen Banditen:

„Zur Unterstützung der örtlichen Kräfte gingen Arbeiterformationen aus den Hafenstädten ins Innere. Ebenso wurden die Jugendorganisationen mobilisiert, aber **nicht die russischen Truppen."**

„Es gibt in Europa Parteipolitiker und andere Personen, die direkt oder indirekt am Ausbruch des Aufstandes beteiligt sind. Aber durch sein Mißglücken ist die **Bolschewisierung Georgiens einen entscheidenden Schritt weiter getrieben.** Man fand eine Menge belastender Pläne und sonstige Dokumente, so den Bericht aus einer Geheimversammlung in der Chromeriki auf die Frage, ob eine bewaffnete Intervention durch die Entente erwartbar sei, antwortete: **„Keine, aber wohl Munition und diplomatische Intervention."**

„Man spricht von einem Brief, in dem Renaudel (Führer der französischen Sozialisten) sagt, daß er lieber seine Hand verlieren (eine kleine Variation von Philipp Scheidemanns verdorrter Hand. Red. d. Kl.) als die Sache Georgiens preisgeben will... **Der Verkehr der georgischen Menschewisten und ihrer sehr feudalen nationalistischen Bundesgenossen mit den mächtigen Regierungen des Westens..."**

Ordjenikidse ist der Auffassung, daß Macdonald die georgischen Ereignisse gefördert habe, um sich eine Rückzugslinie von seiner Vertragspolitik mit Rußland zu eröffnen. Umgekehrt habe Herriot sich von den Unruhen in Georgien Erleichterung der Verhandlungen mit Rußland versprochen. Die Konterrevolutionäre haben den Augenblick überdies für den letzten gehalten, um etwas zu tun. Es steht nun fest, daß eine Anzahl gefangener Führer vor Gericht erscheinen werden. Dann erst wird das gesamte Material über ihre ausländischen Beziehungen der Oeffentlichkeit bekannt werden."

Wir glauben, uns jedes Kommentars zu dieser Aufdeckung der hinterhältigen imperialistisch-menschewistischen Angriffe durch einen Bürgerlichen entheben zu können.

Paul Levi über Georgien

Eine klatschende Ohrfeige für die SPD.

Das Zwickauer „Sächsische Volksblatt" hat in der Donnerstag-Nummer einen Artikel von Paul Levi abgedruckt, der sich u. a. auch mit Georgien beschäftigt. Der Artikel ist eine klatschende Ohrfeige für die 2. Internationale, für die gesamte SPD.-Presse und speziell für das „Sächsische Volksblatt" selbst. In ihrer Dummheit scheint die Redaktion des „S. V." nicht einmal zu merken, daß sie mit dem Abdruck dieses Artikels sich selbst ohrfeigt. Aber das liegt in ihrer Natur begründet.

Also hören wir, was Paul Levi sagt. Er skizziert die Geschichte, wie die Menschewisten Georgiens ihre selbständige Republik Georgien machten und schreibt:

„Nicht jemals in der Welt ist ein neugebackener Staat so rasch anerkannt worden. Schon im Sommer 1918 begann Deutschland damit; es war jene Zeit, in der der deutsche Militarismus zwar schon geschlagen war, den deutschen Imperialisten aber noch sozusagen das russische Petroleum im Munde zusammenlief. Schon 1919 taten es die Ententeregierungen. Was das bedeutete, war klar. Die Anerkennung war kein Kompliment vor der Gerechtigkeit, noch eins vor der Unabhängigkeit der kleinen Völker, noch eines vor der kulturellen Größe der Georgier; es war ein Kompliment vor dem Petroleum zwischen Batum und Baku. Und solch ein Kompliment, wie es Don Juan vor den Frauen macht: nicht ohne Hintergedanken. Und damit hatte das kurze Glück Georgien auch schon sein Ende.

Diese Tatsache hat sich in Rußland nicht geändert, sie hat sich aber u. E. in England auch nicht geändert. Die englische Politik hat gewiß in der letzten Zeit viel rhetorischen Schwung und viele hohe Gedanken dazu bekommen, hat daneben aber auch alles Petroleum behalten, so etwas — um zu reden wie Bismarck gegen Leopold Sonnemann — von dem Gemisch von Patschouli und Petroleum. **Man wird, mit anderen Worten, wenn England von Georgiern und deren Freiheit redet, den verdammten Geruch des Petroleums nicht los.** Man wird aber auch das beklemmende Gefühl nicht los, daß Paul Boncour, wenn er den Gaul des Völkerbundes für Georgien einspannt, damit für seinen Freund Macdonald eine Rolle übernimmt, für die man in Deutschland einst geläufig Bilder hatte: „brillanter Sekundant" oder „Nibelungentreue".

Für die Betätigung der Liebe zur wahren Freiheit der Völker hat Genosse Paul Boncour fürwahr ein weites Feld hinieden. Wir wollen nicht, daß er vor Georgien halt mache. Vielleicht gedenkt er aber auch der Aegypter, der Inder, vielleicht erinnert er sich auch der Marokkaner, deren Geschichte ihm gewiß vertraut ist. Mitgefühl mit fremdem Leid ist eine schöne Sache, aber es beginnt, wie das englische Sprichwort sagt, bei sich zu Hause."

Daß Paul Levi auf Sowjet-Rußland im allgemeinen nicht gut zu sprechen ist und auf Rußland und die KPD. so nebenbei mit schimpft, versteht sich am Rande. Er ist ja Sozialdemokrat und außerdem will er seine „Jugendsünden" vergessen machen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er die georgischen Zusammenhänge richtig sieht und sie ausspricht. **Die Liebe Macdonalds und Herriots zu Georgien ist die Liebe für das georgische Petroleum.**

Nun mögen die SPD.-Arbeiter ermessen, wie sie von ihrer Parteipresse und von demselben „Sächsischen Volksblatt" beschwindelt worden sind.

Ja, der Völkerbund . . .

Bronkère: „Europa muß deutlich mit den Bolschewisten sprechen"

(Eig. Drahtm.) **Brüssel, 7. Oktober.**

Der belgische Vertreter im Völkerbund de Broukère sagte in einem Interview: Europa muß deutlich mit den Bolschewisten sprechen. Eine derartige feste Haltung würde zwar nicht sofort gute Folgen haben, aber es würde den Bolschewisten zu denken geben, daß sie einer Einheitsfront gegenüberstehen. Man schont die Sowjets zu sehr aus wirtschaftlichen Gründen. Mehrere Länder erhalten sogar große Konzessionen in Georgien. De Broukère hofft auf eine große französische Aktion.

Der „gerüstete" Pazifismus der Friedenstaube Herriot

(Eig. Drahtm.) **Paris, 6. Oktober.**

In verschiedenen Hafenstädten wurden neugebaute Kriegsschiffe eingeweiht.

Es handelt sich um zwei Torpedobootszerstörer mit je 2400 Tonnen Tragfähigkeit und 126 Meter Länge.

Jedes Schiff ist mit acht Kanonen und zwei Torpedolancierern versehen.

Sie gehören zu einer Gruppe von zwölf Zerstörern, die vorläufig der Privatindustrie zur Verfügung gestellt worden sind.

Ferner ist der Bau eines neuen U-Bootes mit acht Torpedolancierern und zwei Kanonen im Hafen von Cherbourg fertiggestellt, sechs weitere U-Boote und drei Torpedoboote sind noch im Bau begriffen.

Macdonald unterjocht Aegypten

(Eig. Drahtber.) **London, 6. Oktober.**

Die Besprechungen zwischen dem ägyptischen Ministerpräsidenten Zaglul und Macdonald sind ergebnislos abgebrochen. Zaglul forderte unter dem Druck der ägyptischen Volksmassen die vollständige Räumung Aegyptens und die Angliederung Sudans an Aegypten. Von Macdonald wurden diese selbstverständlichen Forderungen eines souveränen Volkes abgelehnt. Aus Sudan werden neue Demonstrationen gegen den englischen Imperialismus gemeldet.

*

In Berlin tagte ein Kongreß der Anhänger des **„Aegyptischen nationalen Verteidigungskomitees"**, an dem Delegierte der im Exil lebenden Aegypter aus mehreren Ländern erschienen sind. Der Kongreß protestierte einmütig gegen die Schandtaten, Morde und sonstigen Gewalttätigkeiten der englischen Imperialisten im Sudan und Aegypten. Er forderte die **volle Unabhängigkeit Aegyptens** einschließlich des Sudans, dementsprechend die **vollständige Räumung** des Gebiets und ruft das ägyptische Volk zum **schärfsten Kampf gegen den englischen Imperialismus auf.**

Der neue „König" des Hedschas

London, 6. Oktober.

Der Korrespondent der „Times" berichtet aus Alessandrien, daß aus Mekka mitgeteilt worden sei, nach König Husseins Abdankung sei sein ältester Sohn Ali, der Minister von Medina, zum konstitutionellen König des Hedschas gewählt worden. Der Korrespondent erfährt aus besonderer Quelle, daß Minister Zeid, der Halbbruder des neuen Königs, nach London abgereist sei, um mit der britischen Regierung sich über die neue Lage, die jetzt im Hedschas entstanden sei, zu besprechen. Taher-el-Dabbagh, der Sekretär der nationalen Partei des Hedschas, hat am 4. Oktober der „Times" ein Telegramm geschickt, in dem er erklärte, daß König Hussein abgesetzt worden sei, weil er und seine Regierung unfähig seien, Leben und Eigentum der Bevölkerung des Hedschas, wie auch die heiligen Plätze Mekkas zu schützen. Das Volk habe den Minister Ali unter dem alleinigen Titel „König des Hedschas" gewählt. Die nationalen Parteien haben bereits den Sultan Ibn-el-Saud, den Führer der Wahabiten, eingeladen, Friedensverhandlungen aufzunehmen.

Schon die Art und Weise der Abdankung Husseins zeigte, daß es sich um keinen vom Volk erzwungenen Akt, sondern um eine durch das Fallenlassen Husseins seitens der Engländer veranlaßte Angelegenheit handelte. Denn es ist klar, daß Ali grundsätzlich genau dieselbe Politik, wie sein Vater Hussein, nur mit einer schärferen proenglischen Note treiben wird.

Nicht russische, sondern polnische Banden überfallen die Grenze

(Eig. Drahtm.) **Moskau, 6. Oktober.**

In der Nacht zum 2. Oktober überschritt eine zwölfköpfige Bande, von Polen kommend, die sowjet-russische Grenze, um ein Grenzstädtchen zu überfallen. Der sowjet-russische Grenzschutz zerstreute die Bande, wobei die Anführer, ein Mitglied der polnischen politischen Polizei, ein polnischer Polizist und ein Bandit festgenommen wurden. Die festgenommenen Banditen sagen aus, daß sie kurz vor dem Ueberschreiten der Grenze von einem polnischen Offizier mit Waffen versehen wurden, was auch aus den bei ihnen vorgefundenen Dokumenten ersichtlich war.

Wie soll eine Matratze sein?

Federleicht, doch fest gefügt,
Daß man sicher darauf liegt
Prall gespannt, wie Luftschiffhülle —
Innen möglichst feine Fülle
Außen schön gefärbt — nach Wahl —
Beständig auch bei Sonnenstrahl.
Mollig weich, wie eine Katze,
Mit einem Wort „Paris-Matratze"

Sie finden bei mir nicht nur Auflege-, Roßhaar- und Patentmatratzen, sondern auch Metall- und Holz-Bettstellen, Kinder-Bettstellen, Bettfedern, fertige Betten, Inletts, Stepp- und Daunendecken, Reform-Unterbetten. 2953

Fachmännische Bedienung, größte Auswahl, billigste Preise, solide Arbeit, Zahlungserleichterung.

BRUNO PARIS,
jetzt Brüderstr. 3 — 1 Minute vom Markt

Damentaschen 315
Ia. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Anzüge
usw. kauft ständig
Hirsch, Brüderstr. 3.

Hasen- Kanin- Ziegen- Schaffelle 975
kauft zu höchsten Preisen am Platze
Albert Lötsch
Fellgroßhandlung
Weißenfels
Nur Jüdenstr. 8
Telephon 442

DAS WORT
BLÄTTER FÜR WIRTSCHAFT
POLITIK / KULTUR / KUNST
HERAUSGEBER FRITZ KROB

DAS WORT ist die Zeitung des Kampfes für eine neue Kultur. Vom Standpunkt sozialistisch-kommunistischer Weltanschauung aus erörtert es freimütig alle das schaffende Volk angehenden Probleme.

DAS WORT pflegt insbesondere die geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, dem Lande der neuen Kultur, dem Lande der Befreiung aller Werktätigen durch den Sieg der Revolution.

DAS WORT bringt in jeder Nummer ein ganzseitiges Feuilleton mit vieler Originalarbeiten in Vers und Prosa. Die neue, vom Willen zur sieghaften Revolution gezeugte Dichtung findet bevorzugten Platz. Zeichnungen beleben den Text

DAS WORT erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, in großem Zeitungsformat. Bezugspreis durch die Post monatlich Mk. 1,50

Verlag: Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Weißenfels 1011
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

Geschlossen
bleiben unsere Geschäfte
feiertagshalber
Mittwoch, den 8. Oktober
Brummer & Benjamin
Große Ulrichstraße 22/23 und Rannischer Platz 2947

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241007-11/fragment/page=0008